

TANTE PAUL

HOCHSCHULPOLITISCHE ZEITUNG IN UM AUS BREMEN UND UMZU
FRÜHJAHR/SOMMER 2017

#14



KEINEN METER DEM RECHTEN RAND!

SCHWERPUNKT

RECHTE STRUKTUREN

AN DER UNI, IN BREMEN UND ANDERSWO

IDENTITÄRE BEWEGUNG ★ REICHSBÜRGER*INNEN ★ JUNGE ALTERNATIVE ★ RCDS ★
PROF. BARBEROWSKI ★ CHRONIK RECHTER AKTIVITÄTEN AN DER UNI BREMEN ★ RECH-
TE DOZENT*INNEN AN DER UNI BREMEN ★ NAZIS IN BREMEN UND UMZU ★ PEGIDA ★

TantePaul

Wir sehen TantePaul als Versuch, das schreckliche Grau der Bremer Uni ein wenig zu durchbrechen und ein wenig Farbe in den Uni-Alltag zu bringen. Farbe? Mit einem Schwarz-Weiß-Druck? Wir möchten mit dieser Zeitung das Farbspektrum jenseits von Zementgrau und Perldunkelgrau erreichen, indem wir selbstorganisiert, unkommerziell, unabhängig ein Medium ins Leben rufen, indem eine Kritik an Bestehendem möglich ist. Wir wollen weder unseren Lebenslauf erweitern, noch die Position irgendeiner Institution oder Partei einnehmen. Abgesehen davon haben wir in dieser Zeitung keinen Platz für Sexismus, Rassismus oder andere

Arten der Diskriminierung. Mit hoher Wahrscheinlichkeit stellt sich für den ein oder anderen Menschen die Frage, warum denn nun alles so grau ist an dieser Uni. Solange sich die Uni zu einer wirtschaftstreuenden Ausbildungsmaschine entwickelt, in der freie und kritische Bildung nicht einmal mehr Anspruch sein soll, helfen auch keine schnecken Boulevard-Umbauten, Farben in den Uni-Alltag zu bringen. Auch die „liebevoll“ gestalteten Werbebanner der Hochschulwerbung auf dem Campus machen die Uni nicht bunter. Im Gegenteil.

Editorial

Liebe Leser*innen,

mit Stolz präsentieren wir euch die 14. Ausgabe der Tante Paul. Wir haben mit viel Mühe und Leidenschaft einige sehr wichtige und spannende Themen herausgesucht, die wir euch hiermit servieren. Hat sich wer von euch gewundert, warum das Titelbild mit einigen Kartoffeln in kulinarischer Notlage geziert ist?

Mit dem voranschreitenden Rechtsruck und der stärkeren Präsenz nationalistischen Gedankenguts in Deutschland roten sich vermehrt Kartoffeln zusammen, die ihren Stolz für ihr Land gemeinsam zelebrieren wollen.

Deshalb haben wir uns gedacht: Wir wollen eine Tante machen, die sich schwerpunktmäßig mit den rechten Strukturen hier an der Uni und drumherum auseinandersetzt!

Wichtig war uns vor allem, verschiedene Aspekte rechter Phänomene an der Uni

darzustellen. Deshalb gibt es eine Chronik rechter Aktivitäten der letzten Jahre, eine Einschätzung des RCDS inklusive eines Rückblicks auf den Wahlkampf 2016. Auch rechte Dozent*innen und Studierende die aktiv bei der Jungen Alternative in Bremen sind, haben wir in den Blick genommen. An dieser Stelle ist uns wichtig zu betonen, dass gerade zum Thema rassistische bzw. rechte Profs und Dozent*innen, sowie rechtsradikal aktive Studierende deutlich mehr zu sagen wäre, als in dieser Tante zu lesen ist. Es gibt weitere mit rechten Aussagen auffallende Lehrende und garantiert auch noch mehr Nazis unter den Studierenden, aber dies zu recherchieren ist sehr aufwendig.

Über die Uni hinaus war es uns wichtig einen Überblick über Nazi-Strukturen in Bremen zu veröffentlichen und auch im Allgemeinen rechte Phänomene wie den ideologischen Kartoffelsalat, den sich die Identitäre Neonazi-Bewegung (IB) oder die Reichsbürger*innen zusammenreimen mal genauer zu betrachten.

In dieser Tante findet ihr außerdem einen ausführlichen Artikel zum aktuellen

Konflikt des AStA der Uni Bremen mit dem rechtsradikalen Prof. Jörg Barberowski. Nachdem eine Veranstaltung des Berliner Professors an der Uni verhindert wurde, verklagte er die Studierendenschaft vor dem Kölner Landgericht. Der AStA der Uni Bremen lässt sich jedoch seine Meinungsfreiheit nicht einfach von einem Rechtsradikalen mit professoraler Deutungshoheit nehmen und geht, trotz eines Teilerfolgs beim Urteil, in Berufung.

Letztendlich komplettieren ein Artikel über die Masse der Anschläge auf Geflüchtete und deren Unterkünfte im Jahr 2016, ein Blick auf konkurrierende Studien zu rechtsextremen Einstellungen und eine nähere Analyse des Positionspapiers von Pegida zum Islam unseren Schwerpunkt gegen alle konservative und rassistische Kartoffelpolitik im Lande.

Die Bilder, die den Textfluss dieser TantePaul an vielen Stellen durchbrechen und zum Anhalten anregen, stammen von NSU-Watch. Sie erinnern daran, wie eine Nazi-Gruppierung mit Hilfe vieler, auch staatlich finanzierter Mittelsmänner, über Jahre hinweg ungestraft morden konnte.

Kontakt

tantepaul@allesfueralle.org
www.tantepaul.allesfueralle.de

Herausgeber*innen

Offene TantePaul Redaktion

Unterstützer*innen

Aktive der Uni, AStA Uni Bremen und LiSA
(Liste der StudiengangsAktiven)

Redaktionstreffen

Das offene TantePaul-Redaktionskollektiv freut sich über Interessierte. Meldet euch gerne per Mail, dann schreiben wir euch wann und wo wir uns derzeit treffen.

Auflage

1500 Stk.

Titelbild

Helior/photocase.de

Inhalt

Schwerpunkt: Rechte Strukturen

Im Jahr 2016 gab es fast zehn Angriffe auf Geflüchtete pro Tag..... 04
 Bremer Nazis, Rassist*innen und andere Rechte..... 05
 Chronik rechter Aktivitäten an der Universität Bremen..... 08
 Rechte Dozenten der Uni Bremen .. 09
 Einblicke in die Aktivitäten des RCDS an der Uni Bremen..... 10

Es war einmal: der RCDS im AStA der TU Berlin..... 13
 Wir stellen vor... .. 16
 Die Junge Alternative Bremen .. 16
 Keine Uni dem rechten Rand ! .. 18
 Solierklärung für den AStA..... 20
 Alte und neue rechte Phänomene .. 21
 PEGIDA: What an incredibly great shit! .. 26
 Konkurrierende Studien zu rechtsextremen Einstellungen .. 29

Weitere Themen:

Selbstbestimmtes Studieren! - OHNE Anwesenheitspflicht! .. 30
 EntRüstung! .. 33
 Wissenschaft in der Verantwortung 35
 Schluss mit Exzellenzwahn und »Elitenförderung«! .. 37
 1500€ Gebühren pro Semester..... 38
 Die Wut bleibt! .. 40
 G20 - Welcome to Hell .. 41

Für uns gehört der NSU auch zu dem großen Thema "rechte Strukturen" in Deutschland. Leider fehlt uns dazu eine dezidierte Auseinandersetzung in dieser Tante.

Allerdings haben wir es nicht lassen können und haben auf den letzten 12 Seiten auch noch hochschulpolitisch und überhaupt wichtiges Aktuelles aufgegriffen. So geht es im hinteren Teil der Tante u.a. um Anwesenheitspflicht als Hindernis selbstbestimmten Studierens an der Uni Bremen. Außerdem haben wir auch zwei Statements zur Bundeswehr aufgegriffen, die versucht ihre militärische Agenda mit massiver Werbung und harmlos scheinenden Kooperationsprojekten zu verschleiern, in diesem Fall durch die Kooperation mit der Hochschule Bremen im Studiengang Fraueninformatik.

Zu den aktuell eingeführten Studiengebühren für Ausländer*innen in Baden-Württemberg kommt Sarah Graf vom AStA der Uni Hohenheim in einem Interview zu Wort.

Und auch die Resolution des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und

Wissenschaftler gegen die Elitenförderung und den Wahnsinn der Exzellenzinitiative wollten wir euch nicht vorenthalten.

Zudem verabschiedet sich die LaRage, die linksradikale Szene-Zeitung Bremens. So von Zeitungskollektiv zu Zeitungskollektiv bedauern wir dies sehr! :(

Letzendlich lassen wir es uns natürlich nicht nehmen euch auf die Ereignisse Anfang Juli hinzuweisen. Am 7.-9. Juli kommen in Hamburg die Staats- und Regierungschefs der neunzehn G20-Staaten und der EU zusammen um ihre Herrschaft zu legitimieren und zu zementieren.

Wir finden nach wie vor:

Rassismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

In diesem Sinne heißt es auch an der Uni Bremen:

KEINEN METER DEM RECHTEN RAND!

Aktivenverteiler

Der Aktiven-Verteiler wird von LiSA verwaltet und ist eine über die Universität hinausgehende politische E-Mail-Plattform, die einen Versuch der Vernetzung und des Austausches darstellt. Der Aktivenverteiler dient zur Verbreitung von Informationen über linke, emanzipatorische Projekte, Veranstaltungen,

Ereignissen, Aktionen jenseits von etablierten Institutionen wie Parteien, NGOs und anderen. Wenn ihr also wissen wollt „Was geht“ oder eure Veranstaltungen ankündigen möchtet, könnt ihr eure Emailadresse hier eintragen: <http://www.lisa-bremen.de/aktiven.html>

Im Jahr 2016 gab es fast zehn Angriffe auf Geflüchtete pro Tag

Die Anzahl der Angriffe auf Geflüchtete und Asylunterkünfte in Deutschland bleibt im Jahr 2016 erschreckend hoch. Insgesamt kam es zu über 3.500 An- und Übergriffen mit 560 Verletzten, darunter auch 43 Kindern. Angriffsziele waren auch Helfer*innen und Hilfsorganisationen.

Insgesamt kam es zu 3.533 An- und Übergriffen auf Geflüchtete und Asylunterkünfte im Jahr 2016. Das sind fast 10 am Tag. Die mediale Berichterstattung darüber geht jedoch unter. Anstatt die Taten zu skandalisieren, trägt die mangelnde Beachtung zu einer Relativierung und Unsichtbarmachung der An- und Übergriffe bei.

Die konkreten Zahlen ergeben sich aus der Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine kleine Anfrage der Fraktion "DIE LINKE" im Bundestag:

2.545 Angriffe richteten sich im vergangenen Jahr demnach gegen Asylbewerber*innen außerhalb von Unterkünften und 988 der Angriffe fallen unter die Kategorie Überfälle, Anschläge, Sachbeschädigungen und tätliche Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte. Bei den Angriffen kam es insgesamt zu 560 Verletzten, darunter 43 Kindern. Insgesamt 155 dieser Straftaten fallen in den Bereich "Sprengstoff, Brandstiftung, Waffen, Körperverletzung, (versuchter) Mord". Zudem gab es 217 Übergriffe auf Helfer*innen und deren Organisationen.

Damit bleibt die Zahl der Angriffe und Verletzungen von Geflüchteten im Grunde unverändert im Vergleich zum Jahr 2015. Dies zeigt, dass es nach wie vor keine wirksamen politischen Maßnahmen gegen rechte Gewalt gibt. Problematisch ist daran vor allem, dass die politischen Maßnahmen, die es gibt, in erster Linie Gesetzesverschärfungen im Asylbereich selbst sind und demnach eine sehr eindeutige ablehnende Sprache sprechen: Geflüchtete werden zu einer abzuwehrenden Bedrohung erklärt.

Gefragt wurde in der Anfrage an das Innenministerium auch nach Protesten vor Geflüchtetenunterkünften, die durch rechtsextreme Parteien und Gruppierungen organisiert wurden. Das Ministerium gibt an, dass es zu 29 Kundgebungen, organisiert durch NPD, "Die Rechte" und "Der III. Weg" kam. Im Umfeld dieser Demonstrationen kam es offiziell zu 36 rechtsextremen Straftaten. Die Dunkelziffer mag viel höher sein. So oder so wird jedoch die Bedrohung, die von diesen Veranstaltungen für Geflüchtete ausgeht, mehr als offensichtlich.

Die Bundesregierung verurteilt die Anschläge und betont, dass "Menschen, die aus ihrer Heimat geflohen sind und in Deutschland Schutz suchen, zu Recht erwarten können, dass

sie sicher untergebracht werden." Dies ist belanglose Augenscheinerei, vor dem Hintergrund der aktuellen Asyl- und Außenpolitik dieser Regierung. Die Verschärfung der Asylgesetzgebung, die Unterscheidung zwischen „guten“ und „schlechten“ Migrant*innen und Geflüchteten macht; die hohen bürokratischen Hürden für Menschen ohne sicheren Status; die hohe Zahl der Abschiebungen; das Erklären von Gefahrengebieten zu „sicheren Herkunftsstaaten“; die dreckigen außenpolitischen Deals mit EU-Anrainerstaaten; das Mittelmeer als gefährlichste Grenze der Welt etc. sprechen eine andere Sprache. All diese Maßnahmen vermitteln klar den Eindruck der Bedrohung Deutschlands durch flüchtende Menschen, die es abzuwehren gilt. Damit tragen sie zur Wahrnehmung von Geflüchteten als bedrohlich bei und befeuern rechtspopulistische Debatten.

Das Gegenteil ist jedoch der Fall: Nicht Geflüchtete sind die Bedrohung. Sondern Rechte und Nazis bedrohen (geflüchtete) Migrant*innen und deren Helfer*innen. Wir sagen: All Refugees and Migrants are welcome! Für eine Welt ohne Grenzen und Bewegungsfreiheit für alle!

TantePaul Kollektiv

"

***Nicht Geflüchtete sind die Bedrohung.
Sondern Rechte und Nazis bedrohen
(geflüchtete) Migrant*innen und deren
Helfer*innen.***

Dieser Artikel basiert wesentlich auf dem Artikel „Zehn Angriffe pro Tag auf Geflüchtete und Asylunterkünfte im Jahr 2016“ (27.2.2017) von <http://www.netz-gegen-nazis.de/>

mehr Infos

Für uns gehört das Thema NSU und die Verstrickung von Polizei und anderen staatlichen Akteur*innen wesentlich zum Thema "Rechte Strukturen" in Deutschland. Leider fehlt uns dazu in dieser Ausgabe eine dezidierte inhaltliche Auseinandersetzung.

Umso wichtiger finden wir es, in dieser TantePaul Bilder der Tatorte der NSU-Morde abzubilden. Diese stammen von der Website nsu-watch.info

Wir danken für die Genehmigung die Bilder zu drucken.



✕ An der Liegnitzer Straße in Nürnberg-Langwasser begann die Mordserie des NSU. Hier hatte Enver Simsek (39 Jahre) seinen Blumenstand aufgebaut, als er niedergeschossen wurde. Er starb zwei Tage später im Krankenhaus. (foto: Birgit Mair)

Bremer Nazis, Rassist*innen und andere Rechte

Ein Beitrag der Antifa-AG der Interventionistischen Linken (IL) Bremen

Die rechte Szene in Bremen tritt (in Bremen selber) momentan nicht so offensiv in Erscheinung, trotzdem gibt es (bundesweit) wichtige und starke Strukturen, die sich vor allem gute Kontakte und fließende Übergänge zwischen verschiedenen (sub-)kulturellen Milieus auszeichnen. Diese Bremer Mischszene besteht aus Neonazis, Rockern, Hooligans, relativ schwach aber zum Teil aus Parteien und rockerrähnlichen Bruderschaften. In der letzten Zeit kamen zudem verschiedene "patriotische" (Internet-)Gruppen hinzu.

Rechtsrock

Eine wichtige Funktion und lange Tradition hat der Bereich des Rechtsrocks. Die Band **Kategorie C**, eine der bekanntesten Rechtsrock-Bands bundesweit, hat sich lange als unpolitische Hooliganband dargestellt, hetzt aber gerade in letzter Zeit vor allem gegen den Islam oder gegen Linke und Antifaschist*innen. Die Mitglieder von Kategorie C spielen eine wichtige Rolle bei **HoGeSa** (Hooligans gegen Salafisten), sie waren u.a. bei dem ersten Aufmarsch der Hools in Köln im Oktober 2014 anwesend und sorgten mit ihrem Song "Hooligans gegen Salafisten" für die entsprechende "Stimmung". Teile der Band traten in den letzten Jahren immer wieder bei entsprechenden Demonstrationen auf und waren z.B. an den Angriffen auf linke/alternative Strukturen in Leipzig Connewitz Anfang 2016 beteiligt.

Fußball

Hannes Ostendorf war zudem jahrelang zusammen mit seinem Bruder **Henrik Ostendorf** Anführer der **Standarte Bremen**, einer rechten Hooligangruppe. Auch wenn diese sich 2015 offiziell aufgelöst hat, und die meisten Mitglieder Stadionverbote haben treten sie weiterhin im Umfeld des Weserstadions auf und gerade in den letzten Jahren ist wieder eine stärkere Präsenz zu verzeichnen. 2015 kam es in dem Zusammenhang zu Auseinandersetzungen zwischen Ultras und Hools an der Kneipe Verdener Eck, was zur Festnahme eines Antifaschisten führte. Daraufhin gab es aus dem rechten Milieu eine bundesweite "Fck-Valentin"-Kampagne, die sich eben nicht nur auf Fußball, sondern auf Antifaschismus allgemein bezog. Besonders enge Kontakte bestehen hier zu Hooligans aus Leipzig sowie aus Essen.

Es bestehen zudem Verbindungen in die Kampfsportszene, die aktuell zunehmend aus Bremen und Essen rechts dominiert wird, bspw. waren die Brüder Ostendorf mit ihrem **Sport Frei-Versand** (angemeldet ist der Versand auf Henrik Ostendorf) ein Hauptsponsor des rechten Kampfsportevents **Kampf der Nibelungen**, welches im Oktober 2016 wahrscheinlich in Dortmund stattgefunden hat. Henrik Ostendorf gilt zudem als Drahtzieher in internationalen Neonazi-Netzwerken.

In enger Verbindung mit Kategorie C und ebenfalls maßgeblicher Organisator von Hogesa war **Captain Flubber** (richtiger Name: **Marcel Kuschela**), früher Drummer der Band **Vollkontakt**. Nach der Abspaltung der "politischeren" Hools war er tonangebend bei der Gründung des **Gemeinsam stark für Deutschland e.V. (GSD)**. Mittlerweile haben die beiden Gruppen wieder näher zusammengefunden und haben bspw. beim "Tag der deutschen Patrioten", der 2015 im Hamburg stattfinden sollte, zusammengearbeitet. Über Flubber bestehen Kontakte zu Neonazis in Dortmund, wo er ebenfalls 2016 als Anmelder einer Demonstration gegen Islamismus auftrat. Danach teilte er zwar online mit, sich aus dem politischen Bereich zurückziehen zu wollen, im Internet ist er aber weiterhin entsprechend aktiv. Zusätzlich ist er Chef der **Freibeuter Bremen**, einer Gruppe, die sich als unpolitische Sauf/Partygruppe darstellt, deren Mitglieder aber alle eindeutig rechte Facebookprofile haben.

Mit den Freibeutern befreundet sind die **Farge Ultras**. Auch diese aus Bremen Nord kommende Gruppe ist offiziell aufgelöst, weil es gesellschaftlichen Druck auf den lokalen Fußballverein TSV Reum gab, sie existieren aber als rechte Gruppe fort und sollen sich jetzt im Umfeld des **SV Atlas Delmenhorst** aufhalten, wo es ebenfalls eine zum Teil offen rechte Fanszene gibt.

Bruderschaften

Im Kameradschaftsspektrum ist in letzter Zeit vor allem die Bruderschaft **Nordic 12** hervorzuheben, die offen rechts sind und

gegen Geflüchtetenunterkünfte agitieren und in dem Zusammenhang in kompletter Thor-Steinar-Montur auf Bürgerversammlungen erschienen. Sowohl die Bruderschaft als auch deren Frauenorganisation **Nordic Valkyrians** gibt es auch in Oldenburg und Schleswig Holstein, sie tauchen bundesweit auf Neonaziaufmärschen auf und sind wiederum verbunden mit den Bands **Endlöser** und der **Randgruppe Deutsch** (die z.B. ein Lied für den "Tag der deutschen Patrioten" gemacht haben.). Endlöser hat zusätzlich internationale Verknüpfungen zum neonazistischen Netzwerk der **Hammerskins**, welche in Deutschland im Zusammenhang mit den Untersuchungen zum NSU eine Rolle spielen. Außerdem besteht eine Verbindung zur Partei **Die Rechte**, die in Bremen zwar nur eine Landesgruppe sind und momentan sehr schwach in Erscheinung treten, die aber mit **Marcus Privenau** eine ebenfalls bundesweit auftretende Figur haben.

Rocker

Kontakte zwischen Rockern und rechten Strukturen gab es in Bremen ebenfalls schon lange. Die **Legion Bremen** ist die klarste Verbindung zu Neonazis und wird z.T. als Hells Angels Ausweich-Gruppe bezeichnet werden, nachdem das Bremer Chapter der Hells Angels verboten wurde. In Stuhr gibt es ein Vereinsheim, in dem bspw. auch Politiker der CDU gesehen wurden, was auf noch weiter gehende Verbindungen schließen lässt.

2016 wurde das Thema Rocker und Rechte nochmal virulenter, weil die Hells Angels versuchten ein neues Vereinsheim (**Parzelle West 1**) in einer Kleingartensiedlung in Walle zu eröffnen. Ganz vorne mit dabei war der (jetzt ehemalige) **BiW-Politiker Frijthof Balz** aus Bremen Nord (mehr dazu unten).

Hier gibt und gab es zudem Kontakte zu dem **Waller AfD-Abgeordneten Gerald Höns**, der den Rockern auch Räume in seinen Bunkern zur Verfügung stellt und stellte. Das Vereinsheim an sich wurde jetzt erst einmal durch die Politik verhindert, das Thema Rocker in Walle bleibt aber aktuell. Zudem wurde im Februar

diesen Jahres bekannt wurde, dass sich die Osmanen Germania, Rocker mit Kontakten ins türkisch-nationalistische Spektrum ebenfalls in Bremen Walle niederlassen will.

Internet

Natürlich sind die meisten dieser Gruppen auch im Internet aktiv, allerdings gibt es einige, die vor allem dort anzutreffen sind und so vor allem versuchen Debatten, entweder in eigenen Foren oder aber in Kommentarspalten rechts, antifeministisch, nationalistisch und rassistisch zu prägen. Als klar rechtsextrem sind hier die **Infidels Sektion Nord** zu nennen, die eine aktive Rolle in **German Defence League** (war eine der aktivsten Leagues in Deutschland neben Aachen) spielen.



X Der 31-jährige **Süleyman Tashköprü** wurde in der Schützenstraße in Hamburg-Bahnhofsfeld ermordet, als er im Laden seines Vaters arbeitete. (Foto:nsu-watch.info)

Die **Identitäre Bewegung Bremen**, ist hier ebenfalls v.a. online aktiv, im Stadtbild fiel sie bisher nur mit einer Aktion auf dem Weihnachtsmarkt auf. Ganz ähnlich in Auftreten (modern, aktionsorientiert und "hip") und Inhalt (für Heimat, Tradition, Patriotismus) gibt es weitere Gruppen, wie die **Loyalen Patrioten** oder **Nord Patrioten HB**, die im Umfeld des bundesweiten **Bündnis deutscher Patrioten** anzusiedeln sind und die bspw. mit "Patrioten Willkommen"-Aufklebern in Walle aufgefallen sind, oder mit verschiedenen Transpi-Aktionen vor allem gegen den Islam in Gröpelingen, Bremen Nord oder Schwanewede.

Besorgte Bürger*innen

Es gab auch in Bremen immer wieder Versuche in Bremen, das allgemeine rassistische Klima zu nutzen, und sogenannte besorgte Bürger*innen zusammenzubringen, allerdings sind die verschiedenen Versuche einer **Bregida**-Gründung alle gescheitert. Trotzdem gab und gibt es immer wieder Angriffe und Hetze gegen Geflüchtete und deren Unterkünfte. Zu nennen sind hier vor allem die Brandanschläge auf ein unbewohntes Zelt in Bremen Nord im September 2015, eine Containerunterkunft in Huchting im Herbst 2016 und ein ungeklärter Brand in einer Findorffer Sporthalle im Oktober 2015, die als Asylunterkunft genutzt werden sollte.

AfD Bremen

Die AfD Bremen spielt zunächst keine große Rolle und es gab und gibt starke Konflikte untereinander. Bei der Wahl 2015 zur bremischen Bürgerschaft konnte die AfD mit 5,5% in die Bürgerschaft einziehen, ihre besten Ergebnisse erzielte sie Gröpelingen, Huchting, Obervieland, Hemelingen, Woltmershausen, Nord, Walle. Die zunächst vier Abgeordnete große Fraktion verkleinerte sich nach der Spaltung der AfD 2015 auf eine Person: **Alexander Tassis**. Die Jugendorganisation **Junge Alternative** hat sich im Herbst 2016 in Bremen Nord gegründet, zentral ist hier vor allem **Marvin Mergard**. Aufgefallen ist sie bisher vor allem in der Debatte um das Arisierungsmahnmal bei Kühne und Nagel, in diesem Zusammenhang spricht sie sich, ähnlich wie Björn Höcke, gegen "deutschen Schuldskult" aus und verharmlost den Nationalsozialismus.

Bremen Nord

In Bremen Nord, einem Stadtteil etwas außerhalb von Bremen, mit ca. 100.000 Einwohner*innen erscheinen einige dieser Phänomene etwas anders, bzw. finden sich für die Rechten erfolgversprechendere Ansätze Rassist*innen aller Art zusammenzubringen.

Bei der Wahl 2015 holten die AfD und Bürger in Wut (BiW), eine ähnlich aufgestellte Partei mit dem Fokus auf Law and Order Themen und Hetze gegen Geflüchtete in Blumenthal zusammen fast 20%. Die BiW sitzt dort nun mit zwei Abgeordneten im Beirat. Menschen mit rechten Kleidungsmarken, Aufkleber von Neonazis etc. sind sehr viel präsenter, seit 2012 kam es immer wieder zu massiven Protesten gegen Geflüchtetenunterkünfte. 2014 entstand im Zuge der Proteste gegen eine Unterkunft für minderjährige Geflüchtete ("**Rekumer Straße - nicht mit uns**") eine Art Bewegung, angeführt von dem schon erwähnten **Frijthof Balz**. Dies hat viele Menschen vor Ort bewegt, Befürworter*innen der Unterkunft wurden diffamiert, es gab massive Internethetze und

rassistische/neonazistische Pöbeleien auf extra dafür veranstalteten Info-Abenden, vor der Unterkunft wurden rassistische Transpis aufgehängt. Mit dabei aktiv war zunächst auch die AfD, vor allem **Christoph Seidl**. Im Wahlkampf kam es auch zu Angriffen auf linke Räume und Jugendliche. In Bremen Nord greifen allerdings fast alle Parteien häufig zu rassistischen Argumentation und es bestehen vielfältige persönliche Kontakte, unter anderem auch ins neonazistische Milieu, wie zu den **Farge Ultras**, oder zu der in Bremen Farge gegründeten **Jungen Alternative**. Neben dem Brandanschlag auf die Geflüchtetenunterkunft wurde 2016 das Mahnmal für NS-Zwangsarbeiter*innen am Bunker Valentin geschändet, es wurde mit "Fck Antifa" Schriftzügen beschmiert und zum Gedenken niedergelegte Blumen wurden verbrannt.

Eine zentrale Figur für diese Verbindungen ist der schon erwähnte **Frijthof Balz**, der erst unabhängig unterwegs war, dann 2015 für die BiW antrat, später zur AfD wollte, die ihn aber nicht aufnahmen und der dann parteilos im Blumenthaler Beirat saß. 2015 beteiligte er sich auch an Aktionen von Neonazis, z.B. dem GSD Spektrum. Im Sommer 2016 trat er wegen Kontakten zu Hells Angels und seinen Aktivitäten im Zusammenhang mit dem geplanten neuen Vereinsheim von seinem Beiratssitz zurück. Eine weitere immer wieder auftretende Figur aus Bremen Nord ist **Oliver Meier**, der oft seine Parteizugehörigkeit gewechselt hat (Grüne, SPD, BiW, AfD), sich bei allen möglichen Sachen, vor allem auch im Internet beteiligt und immer wieder rassistische und verschwörungstheoretische Äußerungen von sich gibt, der aber auch dabei ist linke Demos/Antifas zu fotografieren oder Jugendliche zu bedrohen.

"*Die Junge Alternative hat sich im Herbst 2016 in Bremen Nord gegründet, zentral ist hier vor allem Marvin Mergard. Im Zusammenhang mit der Debatte um das Arisierungsmahnmal bei Kühne und Nagel spricht sie sich, ähnlich wie Björn Höcke, gegen "deutschen Schuldskult" aus und verharmlost den Nationalsozialismus.*

Viele weitere Informationen und Fotos finden sich auf der Website <https://antifa-bremen.org>

Chronik rechter Aktivitäten an der Universität Bremen

Eine gesamtgesellschaftliche Polarisierung und das Erstarken rechter Positionen ist auch an der Universität Bremen zu spüren. Mit der Asyldebatte im Sommer 2015 und dem Entstehen neu-rechter Mobilisierungen wie Pegida wuchs das Selbstbewusstsein der politischen Rechten. Fast täglich kommt es zu Übergriffen auf Geflüchtete, ihre Unterkünfte oder Unterstützer*innen. Rechte Inhalte und Debatten bestimmen immer mehr die politische Diskussion. Diese Entwicklung ist nicht an der Universität Bremen vorbeigegangen. Als Akteure lassen sich neben dem bekannten RCDS¹ mittlerweile auch Personen sowohl aus der 'Jungen Alternative' und aus studentischen Verbindungen, als auch Personen mit neonazistischen Bezügen ausmachen. Auch rechte Professoren melden sich an der Universität zu Wort und treten stärker mit ihrem Parteiengagement in den Vordergrund. Im Folgenden soll in einer kurzen Chronik ohne Anspruch auf Vollständigkeit ein Überblick rechter Aktivitäten aus der letzten Zeit an (oder von) der Universität Bremen gegeben werden.

27.03.2015: Podiumsdiskussion des Professors für Integrierte Europastudien Zdzislaw Krasnodebski (PiS Partei) mit der AfD-Europaabgeordneten Ulrike Trebesius im Swissotel Bremen²

Oktober 2015: Refugees-Welcome-Plakate und anarcho-syndikalistische Plakate werden in der Glashalle abgerissen

Dezember 2015: Eine Gruppe von älteren Männern, die mit Handschuhen und Spachtel anreisen entfernen koordiniert Outing-Plakate, die stadtbekannte Neo-Nazis abbilden.

14.01.2016: Flyer der neu-rechten Zeitung Junge Freiheit mit dem Titel 'Die Asyl-Krise' werden in der GW2 Cafeteria verteilt.

April 2016: Auf den GW2 Toiletten sind holocaust-verherrlichende Sprüche zu lesen. Sie rufen dazu auf 'Geflüchtete in Gaskammern' umzubringen.

29.05-31.05.2016: Zu Beginn des SR-Wahlkampfes werden linke Plakate organisiert abgerissen. Auf dem Boulevard und der Glashalle wird beispielsweise eine Personengruppe beobachtet, die linke Plakate vollständig entfernt und in Müllsäcken sammelt. Eine weitere Personengruppe, wird beim abreißen zur Rede gestellt. Sie bezeichnen sich als "aktive Bürger, die die Uni sauber

halten wollen" Im Nachhinein werden sie als Mitglieder des RCDS identifiziert.

09.06.2016: Der RCDS plakatiert die komplette Fassade des selbstverwalteten Freiraums GW3 mit dem Slogan „GW3 abreißen“ und veröffentlicht davon Fotos auf ihrer Facebook-Seite. (siehe Foto)

18.06.2016: 44 Nazi-Hooligans, davon 31 aus anderen Städten angereist, demonstrieren auf dem Campus, brennen Pyrotechnik ab und filmen sich dabei.³

Juli 2016: 'Refugees Not Welcome'-Sticker werden auf dem Boulevard verklebt.

27.10.2016: Der Professor für Wirtschaftswissenschaften und Mitglied im Akademischen Senat Jochen Zimmermann stellte im Akademischen Senat eine Anfrage an das Rektorat, alle „universitätsaffinen Geflüchtete“ die mit der Universität assoziiert sind, nach Herkunftsland und Geschlecht aufzulisten. Diese Provokation begründet er aus Sorge um „Prognosen und Planungen“ im Fachbereich.⁴

Februar und April 2017: Die Verbindung VDSt⁵ verteilt Visitenkarten in der Mensa. Augenscheinlich handelt es sich dabei um drei Personen, von denen zwei als 'Alte Herren'⁶ identifiziert werden.

TantePaul Kollektiv



01 Ring Christlich-Demokratischer Studenten

02 siehe Infokasten Krasnodebski

03 Weitere Informationen, siehe: <https://www.taz.de/!5314458/>

04 siehe Infokasten Zimmermann

05 Der VDSt ist Teil des bundesweiten 'Verband der Vereine Deutscher Studenten'

06 Den Status des 'Alten Herrn' erreicht ein Mitglied der Verbindung mit Abschluss des Studiums oder mit dem Eintritt ins Berufsleben

Rechte Dozenten der Uni Bremen

Besonders fallen drei Dozenten durch rechts-konservativen Äußerungen auf:
Krasnodebski, Zimmermann und Luft

Zdzislaw Krasnodebski und die PiS

Die polnische PiS Partei (Recht und Gerechtigkeit) gewann 2015 die Parlamentswahlen mit absoluter Mehrheit und regiert seitdem allein in Polen. Mit verschiedenen Reformen schränkt die national-konservative Partei seither die Kontrollmöglichkeiten von Gerichten und Medien zunehmend ein. Eine geplante Reform zur weiteren Beschneidung des ohnehin schon repressive Abtreibungsgesetzes, konnte durch Massenproteste bisher verhindert werden. Die PiS Partei bildet mit der AfD eine gemeinsame EU-Fraktion (Europäische Konservative und Reformer). Bei der gemeinsamen Podiumsdiskussion im März 2015 betonte Krasnodebski die Wichtigkeit der traditionellen „Ehe als Keimzelle der Gesellschaft“ und warnte vor der Gefahr einer geringen Geburtenrate in Polen. (EULe 28. März 2015)

Jochen Zimmermann

Jochen Zimmermann

Jochen Zimmermann ist Professor der Wirtschaftswissenschaften und als Dekan im Akademischen Senat vertreten. Am 13. Juni 2005 wurde Zimmermann reichlich angetrunken mit 10-15 seiner Studierenden in der Glashalle beim abreißen linker Plakate beobachtet. Es folgte eine Dienstaufsichtsbeschwerde der betroffenen Liste. Zimmermann gab sich in einer Stellungnahme zerknirscht, „er habe nicht so besonnen reagiert, wie dies hätte geschehen können“. Dieser Vorfall war nicht der erste seiner Art. So rügte Jochen Zimmermann einen nicht-weißen Studenten dessen Handy in der Vorlesung laut klingelte, mit den Worten „Einem Deutschen wäre das nicht passiert“. (Weser Kurier 17. Juni 2005)

Stefan Luft

Stefan Luft ist seit 2008 Privatdozent am Institut für Politikwissenschaft und beschäftigt sich hauptsächlich mit Migrations- und Integrationspolitik. Die Aktualität dieser Themen macht ihn zu einem beliebten Interviewpartner vieler Medien, wo er seine rechts-konservativen Positionen verbreitet. So beschreibt er beispielsweise die Flucht von Menschen aus den Balkanstaaten, die aus ökonomischen Gründen fliehen, als illegitime „Armutszuwanderung“ und fordert die Bremer Landesregierung auf, mehr Abschiebungen durchzuführen.

Im Dezember 2012 profilierte Luft sich als Organisator einer Podiumsdiskussion über den sogenannten „Asylkompromiss“, also die Veränderungen des Asylrechts im Jahr 1993, deren Ergebnis die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl war. Zu dieser Veranstaltung war unter anderem CSU-Politiker Günther Beckstein, als damaligem Bundestagsabgeordneten, eingeladen. Beckstein war maßgeblich an der rassistischen Hetze, die zur Verschärfung des Asylrechts führte beteiligt. Luft hatte ihm somit ein Forum für die Verbreitung seiner rassistischen Thesen geschaffen.

Auf den Protest von Student*innen während der Veranstaltung reagierte Luft mit verbaler und physischer Gewalt. (Weser Kurier 09. August 2014)

Einblicke in die Aktivitäten des RCDS an der Uni Bremen

Linke und gesellschaftskritische ASten waren und sind Konservativen schon immer ein Dorn im Auge.¹ Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) der Uni Bremen nimmt sich davon nicht aus. Das ganze Jahr über nicht wahrnehmbar, gehört in den Wochen vor den AStA-Wahlen populistisches und sexistisches Wahlkampfgetöse zu seiner absoluten Lieblingsbeschäftigung. Eigene Inhalte dagegen stehen hintenan. Im vergangenen Jahr legte der RCDS nun noch eine Schippe drauf: Mit einer Mischung aus Rufmord, Verleugnung und Protest gegen die angebliche Verschwendung von Geldern führten die RCDSler*innen einen außerordentlich aggressiven Wahlkampf und schreckten auch vor physischer Gewalt nicht zurück.

Wer ist der RCDS und was will er?

Der RCDS ist eine bundesweite „Sonderorganisation“ der CDU, sozusagen ihr Hochschulverband, mit laut eigener Aussage über 100 Ortsgruppen. In Bremen gibt es gleich zwei davon, eine an der Uni, die andere an der Hochschule. Nach außen betonen sie eine konservativ-liberale Weltsicht, in der alternative Lebensweisen keinen Platz finden. In Anzug und Krawatte hat mensch angepasst und leistungsorientiert zu sein und die Welt nicht zu hinterfragen.

Im hochschulpolitischen Geschehen stehen der RCDS für eine Politik der sozialen Selektion und Entdemokratisierung. Zu seinen Zielen gehört die Einführung von Studiengebühren in Höhe von 500€ pro Semester. „Studenten in die Pflicht“ nehmen nennt der CDU-Nachwuchs das und meint nicht nur die männlichen Studis damit. Der gesunde Menschenverstand aber auch zahlreiche wissenschaftliche Studien, die die soziale Unverträglichkeit von Studiengebühren attestieren werden dabei geflissentlich ignoriert bzw. gern in Kauf genommen. Doch Bildung ist mehr als die eigene Arbeitskraft zu veredeln um verwertbare Leistung zu erbringen. Sie bedarf vor allem Zeit und Freiheit. Wer diese Privilegien nicht hat, weil er*sie sein*ihr Leben nicht von den Eltern finanziert bekommt, ständig mit rassistischen und/oder sexistischen Ausschlüssen zu kämpfen muss etc., der*die findet weniger Zeit und Ruhe zum selbstbestimmten Lernen. Die vom Studentenwerk in Auftrag gegebenen Sozialstudien bestätigen regelmäßig,

dass sich Akademiker*innen in erster Linie selbst reproduzieren und alle anderen kaum Chancen haben. Das auch vom RCDS hochgehaltene Credo „Leistung muss sich lohnen“ steht daher für nichts anderes als die vollständige Einbindung der Universitäten in eine unmenschliche kapitalistische Verwertungslogik.

Ein großes Steckenpferd des RCDS ist die Abschaffung der demokratischen Selbstverwaltungsstrukturen der Studierendenschaft. Unter anderem gipfelte dies 2003 in einem Entwurf für das Hessische Hochschulgesetz, in dem der RCDS vorschlug die ASten samt Verfasster Studierendenschaft gänzlich abzuschaffen. Dort, wo sie an diesen mitwirken dürfen, sorgen sie

gen oder gänzlicher Abwesenheit. Unter den lang bestehenden hochschulpolitischen Gruppen ist es ein unausgesprochener Konsens an der Uni Bremen nicht mit dem RCDS zusammenzuarbeiten. Außer die SPD-Nachwuchskader, die an der Uni unter dem Namen AfA auftreten und die 2010 ihren AStA von RCDSler*innen stützen ließen, was ihnen prompt mehr Sichtbarkeit und Selbstbewusstsein verlieh, haben sich bisher auch alle daran gehalten.

Der RCDS – nach rechts offen

Stets um ein korrektes und sauberes Image bemüht, vermittelt der RCDS nach außen ein recht harmloses, am liebsten unpolitisches Bild. In der Vergangenheit

„*Ein großes Steckenpferd des RCDS ist die Abschaffung der demokratischen Selbstverwaltungsstrukturen der Studierendenschaft.*“

selbst für eine massive Schwächung der studentischen Strukturen (siehe: Interview mit dem AStA der TU Berlin von 2008, S. 13). Zuletzt geschah dies 2015 im AStA der Uni Oldenburg. An der Bremer Uni spielt der RCDS zum Glück nur eine vergleichsweise marginale Rolle. In den Gremien, vor allem im Studierendenrat und im letzten Jahr auch im Akademischen Senat, trumpfen die Vertreter*innen mit unqualifizierten Kommentaren, einem glanzvollen Schwei-

wurde die Jungkonservativen jedoch immer wieder durch ihre starken Verknüpfungen mit Verbindungen und Burschenschaften auffällig. Selbst in Bremen gab es personelle Überschneidungen zum Beispiel mit dem VDSt, der einem rechtsradikalen Verbindungsspektrum zuzuordnen ist. Auffällig wird der RCDS aber auch durch seine Verstrickungen mit rechten Parteien und der rechtsradikalen Szene. So ließ der „Nationale Bildungskreis“ der „Jungen Na-

tionaldemokraten“ (eine Hochschulgruppe der Jugendorganisation der NPD) während der bundesweiten studentischen Gremienwahlen 2010 verlauten: „Unseren Bekannten in und um den RCDS wünschen wir in diesem Jahr viel Mut und Geradlinigkeit, so wie wir es ihnen in der Vergangenheit vorgelebt haben. Unser Weg ist Euer Weg!“. Ein deutlicher Beleg dafür, dass RCDSler*innen nicht nur reaktionär und konservativ, sondern nach rechts mehr als offen sind.

An der Bremer Uni gibt sich der RCDS gern gemäßigt und gesellschaftlich anschlussfähig. Bei ihren jährlichen fünfminütigen Spaziergängen über den Boulevard während der studentischen Wahlkampfwochen wirken sie in ihren RCDS-blauen T-Shirts und mit einem großem Banner gar etwas unbeholfen, fast süß. Doch so lächerlich und naiv sie auch scheinen mögen, sind auch sie Teil bundesweiter konservativ-rechter Strukturen, die zum Beispiel immer wieder mit rassistischen Veranstaltungen für Aufsehen sorgen. An der Uni Bremen erst im Herbst 2016, als sie Baberowski, Geschichtsprof der HU Berlin, eingeladen haben. Dieser wird aufgrund seiner als rechtsradikal zu bewertenden Äußerungen der Neuen Rechten Bewegung zugeordnet (siehe mehr dazu S. 18). Die Veranstaltung konnte schließlich nur auf Druck des amtierenden AStA und mit der Begründung keine menschenverachtenden Inhalte an der Uni zu reproduzieren, verhindert werden konnte.

Der RCDS zeigt sich von seiner besten Seite – Rückblick auf den letzten Wahlkampf

Auch wenn es den*die eine*n oder andere*n überraschen mag, aber rechte Strukturen sind auch an der Bremer Uni aktiv. So kommt es immer wieder vor, dass antifaschistische Plakate oder selbst die Werbung für studentische Vollversammlungen gezielt abgerissen werden. Auch Transpis wie das der Animal Liberation Group und sogar das der TantePaul verschwinden auf unerklärliche Weise. Ebenso wurde das seit 2004 die Glashalle schmückende Banner „Freie Bildung für freie Menschen“ letztes Jahr mutwillig zerstört. Willkommenes Ziel für Anschläge ist zudem das studentisch selbstverwaltete GW3, die Lehmhütte am Mensasee. Eingetretene Lehmwände und eingeschlagene Fenster (zuletzt im Frühjahr 2016) sind leider keine Seltenheit. Auch tauchten im letzten Jahr



✕ Die Keupstraße ist eine belebte Geschäftsstraße Köln-Mülheim. Eine Nagelbombe verletzt im Juni 2004 22 Menschen teilweise schwer. Mehrere Läden werden verwüstet. (Foto: apabiz)

vermehrt „Refugees Not Welcome“-Sticker auf dem Boulevard auf.

Auseinandersetzungen mit Leuten des RCDS gab es während der kompletten drei AStA-Wahlkampfwochen vom 30. Mai bis 17. Juni 2016. Bereits am ersten Tag wurde beobachtet, wie eine Gruppe junger Männer, darunter mindestens zwei RCDSler Plakate von LiSA und der Tierrechtsliste abreißen. Zur Rede gestellt, erwiderte einer der RCDSler sie seien „engagierte Bürger, die die Uni sauber halten“ – eine Sprache, die eher von Nazis bekannt ist. Fast endete die Begegnung in einer von ihnen provozierten Schlägerei.

Nach einer ähnlichen Situation in der Glashalle am nächsten Tag, wurden in den darauffolgenden Nächten schließlich systematisch alle Plakate von LiSA und den anderen Linken Listen auf dem Boulevard entfernt. In der zweiten Wahlkampfwoche wiederholte sich Ähnliches. Nachdem am zwei Frauen, mindestens eine davon vom

RCDS, dabei erwischt wurden, wie sie LiSA-Plakaten der Glashalle abreißen, wurden in der darauffolgenden Nacht sämtliche Plakate der Listen SDS und LiSA mit schwarzer Farbe übersprüht.

Ein besonderes Verhältnis entwickelte der RCDS zum GW3. Das vor Jahren mühevoll erkämpfte und sogar selbst erbaute studentische Freiraumprojekt stellt für den stromlinienförmigen CDU-Nachwuchs

so etwas wie das drohende Ende aller notwendigen Ordnung auf Erden dar. Eines morgens war deshalb das gesamte Gebäude mit ihren einfallslosen „GW3 abschaffen“-Plakaten verhüllt. Begleitet wurde diese Nacht-und-Nebel-Aktion von stumpfen Klischees und jubelnden Zurufen auf der facebook-Seite des Bremer RCDS. Sie stammten in erster

„...sie seien „engagierte Bürger, die die Uni sauber halten“ - eine Sprache, die eher von Nazis bekannt ist.

Linie aus seinem eigenen Umfeld. Interessanterweise war darunter auch eine Person, die sich in ihrem Profil offen zur Mitgliedschaft in der Bremer Verbindung TV Concordia bekennt.

Im fortschreitenden Wahlkampf folgten

vonlinks...

kleine Linksammlung

antifa-bremen.org

Aktuelle Übersicht und Berichte über Aktivitäten von Nazis in und um Bremen.

afdwatchbremen.com

Recherchiert, analysiert und berichtet zur lokalen AfD.

nsu-tribunal.de

Das Tribunal 'NSU-Komplex auflösen' ist ein Projekt des Aktionsbündnis 'NSU-Komplex auflösen', einem Zusammenschluss aus Initiativen in ganz Deutschland, die solidarisch mit Betroffenen

des NSU-Terrors verbunden sind. Das Tribunal 'NSU-Komplex auflösen' ist ein Projekt des Aktionsbündnis 'NSU-Komplex auflösen', einem Zusammenschluss aus Initiativen in ganz Deutschland, die solidarisch Betroffenen des NSU-Terrors verbunden sind.

<https://nationalismusistkeine-alternative.net/>

Bundesweite, linksradikale Kampagne gegen die Festung Europa und ihre Fans. Viele direkte Aktionen z.B. gegen die Nationalisten der AfD.

weitere Abreißaktionen. Vor allem im MZH werden aus dem Umfeld des Mathe- und Informatik-StuGAs, zu dem sich die damalige RCDS-Landesvorsitzende sowie Kandidat*innen der Liste SYN zugehörig wählten, LiSA-Plakate mit recht einfältigen Sprüchen beschmiert. Selbst in der eigentlichen Wahlwoche werden RCDSler*innen noch dabei beobachtet, wie sie linke Plakate vor dem NW 1 abreißen. Am 2. Tag der Wahlwoche liegen schließlich sämtliche Plakate aller linker, am damaligen AStA beteiligter Listen auf dem Boulevard am Boden.

Gebracht haben dem RCDS diese Aktionen dennoch nicht viel. Er erreichte genau 12 Stimmen mehr als im Jahr zuvor und bleibt bei marginalen drei Sitzen im Studierendenrat. Im Akademischen Senat verlor er gar sein Mandat. Das damalige linke Listenbündnis hingegen kam gemeinsam mit der Spaßliste „Die Partei“ auf eine 2/3 Mehrheit.

Diese Blamage konnten die anwesenden RCDSler*innen schon während der Wahlauszählung nur mit viel Alkohol ertragen. Entsprechend aufgeputscht tauchten sie kurz danach am GW3 auf, wo die Wahlsieger*innen den Tag ausklingen lassen wollten und versuchten weiter zu provozieren. Trotzdem sie gelassen aber entschlossen aufgefordert wurden, den Ort zu verlassen, eskalierten zwei RCDSler die Situation weiter. Sie faselten von „illegalen Schwarzbauten“, dem Recht auf ihrer Seite und wussten sie sich schlussendlich nicht anders zu helfen als die Polizei zu rufen. In einer überaus lustigen Szenerie warteten die beiden Provokateure sichtbar nervös auf die von ihnen erhoffte Schutzmacht. Doch es sollte noch eine ganze Weile dauern, bevor die alkoholisierten rechten Krachmacher mit Anzeigen wegen angeblicher Beleidigung, Nötigung, Sachbeschädigung und Bedrohung um sich werfen konnten. Es war keine Überraschung, dass die Ermittlungen anschließend jedoch samt und sonders eingestellt wurden.

Wir hoffen, dass dies ihr Selbstbewusstsein sowie Vertrauen in die Staatsmacht nicht allzu sehr erschüttert hat und sie zukünftig von solcherlei kindischen Provokationen absehen werden. Allen anderen empfehlen wir, die

"Das GW3 stellt für den stromlinienförmigen CDU-Nachwuchs so etwas wie das drohende Ende aller notwendigen Ordnung auf Erden dar."

Finger vom RCDS und anderen rechten Zusammenhängen zulassen – an der Uni und sonstwo!

TantePaul Kollektiv

01 Nach der Befreiung vom Faschismus gab es in den 1950er Jahren zunächst eine breite Unterstützung für das gesellschaftspolitische Engagement der westdeutschen Studierendenvertretungen, die an einem „demokratischen“ Neuanfang mitwirken sollten. Hegemonial waren zu dieser Zeit die Studierendenverbände der konservativ-bürgerlichen Parteien sowie das studentische Verbindungswesen. Mit der zunehmenden Politisierung der Studierenden im Laufe der 1960er Jahre wurde genau diese „allgemeinpolitische“ Betätigung von konservativer Seite in Frage gestellt. Als Höhepunkt schafften die Bundesländer Bayern (1973) und Baden-Württemberg (1977) die gesamte Verfasste Studierendenschaft ab, um damit einen vermeintlichen „Sympathisantensumpf“ der linken Stadtguerilla „auszutrocknen“.

Es war einmal... der RCDS im AStA der TU Berlin

Interview mit Just vom "Breiten Linken Listen Bündnis", 2008

Im Sommer 2006 erlangte nach über dreißig Jahren erstmal der RCDS, der Studierendenverband der CDU, an der Technischen Universität Berlin mit einer Koalition die Mehrheit im Studierendenparlament (Stupa) und stellte für ein Jahr den AStA. Im Juni 2007 mußte der RCDS jedoch eine überwältigende Wahlschlappe einstecken. Das "Breite Linke Listen Bündnis" gewann eine 2/3-Mehrheit. In der letzten Ausgabe des Semesterrundbriefs dokumentierten wir ein Info-Flugblatt des "Breiten Linken Listen Bündnisses", in dem dargestellt wurde, wie sich der RCDS monatelang zunächst über die Nichtbekanntgabe, später über die Anfechtung des Wahlergebnisses weigerte, den AStA wieder zu verlassen. Eine Neukonstituierung des AStAs ohne den RCDS schien damals für November 2007 möglich. Jetzt, ein halbes Jahr später, ist dies immer noch nicht geschehen. Der RCDS ist nach wie vor im Amt, die Unileitung und mehrere Rechtsanwälte beschäftigen sich mit dem Fall. Wir sprachen mit Just vom "Breiten Linken Listen Bündnis", über die Chronologie der Ereignisse und die aktuelle Situation nach einem Jahr ohne handlungsfähigem AStA:

Moin Just wie kam es überhaupt dazu, daß im Jahr 2006 der RCDS erstmals nach 30 Jahren den AStA stellen konnte?

Tach auch. Natürlich gibt es derzeit einen Trend dahingehend, dass sich auch konservativere Gruppen, oder generell Parteienverbände, wieder stärker in studentischen Strukturen, an Universitäten, bzw. ganz speziell in den verfassten Studierendenschaften, Fuß fassen. Davon sind wir in Berlin natürlich auch betroffen. Allerdings ist diese Situation nicht spezifisch für die TU Berlin, und zum anderen ist es natürlich auch zu einfach, alles auf den "Zeitgeist" zu schieben. Was sicherlich für die TU ausgesagt werden kann ist, dass der RCDS 2006 einen relativ hohen Organisationsgrad hatte, was unter anderem in einer sehr hohen Zahl von so genannten Tarnlisten resultierte. Auch ein außerordentlich aggressiver Wahlkampf, in Form einer Mischung aus Rufmord, Protest gegen angebliche Verschwendung von Geldern und Betonen der eigenen angeblichen "Unabhängigkeit" kann da genannt werden. Dem konnten wir zu dieser Zeit nicht ausreichend begegnen. Es ist einigermaßen deprimierend festzustellen, wie schwer diffus gestreute Vorwürfe durch Argumente oder Fakten widerlegbar sind. Der zeitliche Aufwand und das nötige Kontextwissen sind immens.

Allerdings muss natürlich auch gesagt werden, dass der AStA im Jahr zuvor - soweit ich es aus Erzählungen weiß - auch nicht sonderlich aktiv war. Hierfür mag

der "Generationenwechsel" diesen Jahres ausschlaggebend sein, oder Streitigkeiten unter den Aktivist*innen, es war leider vor meiner Zeit. Die meisten Menschen die im "Breiten Linken Listen Bündnis" zu dieser Zeit aktiv waren räumen aber ein, dass ein Teil des Problems auf jeden fall selbstverschuldet war.

Wieso ist der RCDS nach nach einem Jahr mit einer so deutlichen Mehrheit wieder abgewählt worden?

Hauptsächlich natürlich weil wir über die letzten Jahre hinweg so gute Arbeit geleistet haben. Aber im ernst:

Zuerst einmal muss mensch an dieser Stelle vielleicht klarstellen, dass sie zwar nach einem Jahr wieder abgewählt wur-

diesen zwei Jahren kann wohl niemand mehr bestreiten, dass das Hauptanliegen des RCDS die Zerstörung der AStA-Struktur war. Nicht nur, dass die AStA-eigene Druckerei verkauft wurde ist hier zu nennen, auch wenn das sicherlich die am meisten beachtete Einzelaktion der RCDSler im AStA war. Der AStA ist auch in Räume umgezogen, die um 2/3 kleiner sind als die alten, so dass nun dort nicht einmal mehr Platz ist für die Arbeit aller Referate. Das hört sich zuerst einmal lächerlich an - denn ein AStA der die Arbeit seiner eigenen Referate nicht unterstützen kann ist einfach nicht arbeitsfähig. Allerdings muss man sich dazu auch erst einmal klar machen, dass diese Leute einfach niemals vor hatten im Rahmen ihres Amtes irgendwelche Arbeit zu leisten.

"Und nach diesen zwei Jahren kann wohl niemand mehr bestreiten, dass das Hauptanliegen des RCDS die Zerstörung der AStA-Struktur war.

den, sich aber danach noch fast ein weiteres Jahr im Amt gehalten haben, indem sie die Wahlen angefochten haben. Und nach

Der TU-AStA hat seit über einem Jahr keine Homepage mehr, per Mail erreichbar ist er auch nicht. Der Internetserver

„
... dass diese Leute einfach niemals vorhatten im Rahmen ihres Amtes irgendwelche Arbeit zu leisten.

wurde Mitte letzten Jahres vom RCDS außer Betrieb gesetzt und seitdem einfach nicht wieder in Betrieb genommen. Wenn es gut läuft bekommt aber zumindest das AStA-Büro ab nächste Woche wieder Telefon. Große Teile des Inventars wurden verschrottet. Die Archive mit Unterlagen aus den letzten 30 Jahren auf den Müll befördert. Wir hatten einen Rechnerpool, in dem Studierende umsonst arbeiten konnten. Er wurde einfach geschlossen, angeblich "wegen dem hohen CO₂-Ausstoß und der daraus resultierenden Umweltverschmutzung."

Das ist doch lächerlich. Trauen die sich tatsächlich so etwas öffentlich zu sagen?

Das ist kein Scherz. Das ist die offizielle Begründung für die Abschaltung, und man kann das so wahrscheinlich im entsprechenden Protokoll nachlesen, wenn es denn erst einmal existiert. Von vielen Sitzungen sind nämlich noch immer keine Unterlagen öffentlich verfügbar. Jedenfalls gingen Destruktion und Untätigkeit derart weit, dass wohl selbst den RCDS-eigenen "Stammwähler*innen" klar geworden ist, dass Studierendenvertretung so besser nicht aussehen sollte. Du kannst eben nicht für "mehr Beratung und Service" antreten und vier Wochen später beschließen die kostenlosen Beratungen einzustampfen, oder durch pure Untätigkeit das Semesterticket gefährden, ohne dass das den Leuten auffällt. Sogar im Forum der Wirtschaftswissenschaftler*innen, die bisher überwiegend RCDS gewählt haben, stößt dieses Verhalten großteils auf kopfschüttelndes Unverständnis. Unmittelbare politische Konsequenz war also, dass "wir", also das "Breite Linke Listen Bündnis", bei den Wahlen im letzten Jahr eine 2/3-Mehrheit erreicht haben, bei einer Wahlbeteiligung von 16% – gegenüber nur knapp 7% im Vorjahr. Seitdem hält sich der RCDS mit Klagen gegen die Wahl im Amt.

Habt ihr erwartet, daß sich der RCDS so fest an seine Macht festklammert?

Jein. Natürlich haben wir erwartet, dass sie ihre Posten nicht einfach so wieder "abgeben" würden. Überrascht hat uns allerdings, dass sie ihre eigene Wählbarkeit zugunsten der Zerstörung der Struktur des AStA opfern. In unseren Augen haben sie gar nicht wirklich versucht, die letzte Wahl wirklich zu gewinnen. Zumindest haben sie nichts dafür getan. Der RCDS als auch der AStA hatten im letzten Jahr praktisch null Außenwirkung, sogar der Wahlkampf zum neuen StuPA wurde eher halbherzig betrieben.

Stattdessen scheint es so als hätten sie sich ausschließlich – auch noch nach ihrer eigentlichen Abwahl – auf das Zerschlagen der Arbeitsstruktur konzentriert. Streng genommen klammern sie sich also nicht an die Macht. Sie nutzten ihre Position ja nicht für irgendetwas. Sie besetzten vielmehr die Struktur um sie – zum Leidwesen der Studierenden – abzuschaffen; das ist zumindest unser Eindruck.

„
Du kannst eben nicht für "mehr Beratung und Service" antreten und vier Wochen später beschließen die kostenlosen Beratungen einzustampfen.

Wie ist es dem RCDS denn überhaupt gelungen, trotz der Wahlschlappe, weiter die Fäden in der Hand zu behalten?

Wir wählen immer im Juli, also zu Ende des Sommersemesters. Zuerst wurde also nur die Bekanntgabe des Wahlergebnisses über die Semesterferien hinaus ver-

schleppt. Da der studentische Wahlvorstand ausschließlich mit Leuten vom RCDS besetzt war, gab es keine aussichtsreiche Möglichkeit der Intervention. Dann folgten Einsprüche gegen die Gültigkeit der Wahl. Der Wahlvorstand ließ sich dazu "umfassend" und für viel Geld von einer renommierten Anwaltskanzlei beraten. Am Ende kam heraus, dass der studentische Wahlvorstand nicht mehr beschlussfähig war, die Unileitung, so ist es bei uns geregelt, musste übernehmen.

Das war im letzten Herbst. Wie ging es seitdem weiter?

Der zentrale Wahlvorstand der Universität stellte die Gültigkeit der Wahlen fest, aber die alte Sitzungsleitung des Studierendenparlaments – die auch von den Konservativen gestellt wurde – weigerte sich, zu einer konstituierenden Sitzung einzuladen. Als wiederum die Unileitung endlich in Ersatz tätig wurde, wurden diverse Klagen eingereicht, eine einstweilige Verfügung verhinderte die unmittelbare Konstituierung und damit die Wahl eines neuen AStAs. Keine dieser Klagen war besonders aussichtsreich, aber die Uni-Leitung erklärte sich trotzdem bereit, mit der erneuten Einberufung der konstituierenden Stupa-Sitzung bis zum Abschluss der Verfahrens zu warten. Die Klageverfahren zogen sich dann über ein halbes Jahr hin. Am Ende stellte sich heraus, dass es von vorne herein eigentlich nicht zulässig gewesen war, die Konstituierung zu verzögern. Trotzdem brauchte die TU nochmals über ein Monat, die gerichtliche Aufforderung zur unverzüglichen Einladung zur konstituierenden Sitzung umzusetzen. Momentan sieht es jetzt so aus, als könnten wir Ende Mai endlich die Arbeit als AStA aufnehmen – im Juli wird dann bereits wieder gewählt.

Meinst du das Verhalten des CDU-Studierendenverbandes an der TU ist ein Einzelfall, oder kann das überall passieren?

Was das Wahlverhalten der Studierenden

angeht kann ich darüber natürlich keine Aussage treffen. Aber was den RCDS angeht, ist allgemein bekannt, dass dieser an studentischer Selbstverwaltung kein Interesse hat und versucht diese wo immer möglich zu demontieren. Referenten unseres AStAs sind Mitglieder in der Studi-VZ-Gruppe "Asten Abschaffen!". Als in Braunschweig Jahr 2003 der RCDS für ein Semester den AStA stellte, macht er noch nach seiner Abwahl eine Unterschriftensammlung für die Abschaffung der verfaßten Studierendenschaft. In Bochum hatte der RCDS-Juso-AStA nichts dringlicheres zu tun als den AStA mit einer riesigen Party für 200.000 € an den Rand des finanziellen Ruins zu bringen. Da sollte wohl mit teuren, überregional bekannten Bands für die Wiederwahl gesorgt werden. Das Verhalten des RCDS an der TU Berlin ist für mich keine spezifisch Ausprägung, kein Unfall, sondern Programm. Es ist dabei sicherlich ein sehr extremes Beispiel. Aber ich denke, daß man hier durchaus auch für alle Hochschulverbände der verschiedenen Parteien verallgemeinern kann. Deren Leute sind halt vor allem erstmal Parteimitglieder, die erst nach ihrem Parteiprogramm an die originären Interessen der Studierenden denken. Ihr habt doch in Bremen die gleiche Erfahrung. Im Jahr WS 03/04 bekam euer damaliger Juso-AStA die parteiinterne Ansage vom ehemaligen SPD-Bildungssenator Willi Lemke, den Streik gegen die drohende Einführung der Verwaltungsgebühren zu verhindern. Es ist also weder übertrieben noch bösartig, einfach festzustellen, dass dergleichen überall passieren kann und einmal vom RCDS der TU Berlin abstrahiert, vor allem von denen droht, die ihre politische Basis nicht an der Universität haben.

Glaubst du noch daran, daß sich der Konflikt bei euch an der TU irgendwann klären wird?

Wie schon gesagt gibt es die Möglichkeit, dass sich der neue AStA noch Ende Mai bilden kann. Damit ist die formale Ebene

geklärt auch wenn wir uns sehr genau überlegen werden, wie wir uns weiterhin gegenüber der Leitung der Universität verhalten wollen. Der "Konflikt" mit dem RCDS

leistungen, und so weiter. Wir machen damit also die Arbeit des AStA so gut es eben ohne die Struktur, die Mittel und den Status geht. Wir sind in den universitären Gremi-



X Habil Kilic (38 Jahre) hatte in der Bad-Schachener-Straße/München seinen Gemüsehandel. Dort wird er im November 2001 erschossen. (Foto: a.i.d.a. Archiv)

an sich hat sich natürlich durch dessen Handeln im letzten zwei Jahren eher noch aufgeladen. Wir wurden mehrfach Opfer von Anfeindungen, gezielten Verleumdungen, und unsere Arbeit wurde gezielt und aus einer konservativen Ideologie heraus vernichtet. Die allerwenigstens von uns sind derzeit bereit mit diesen Personen auch nur ein einziges unnötiges Wort zu wechseln.

Wie macht ihr in der Zwischenzeit weiter?

Einen informellen "Gegen-AStA" - gestellt vom linken Bündnis - gibt es schon seit längerer Zeit. Im Gegensatz zum offiziellen AStA kümmert sich dieser um die Belange der Studierenden, soweit dies möglich ist. Er gibt weiterhin Semesterkalender und Infobroschüren heraus, kompensiert so gut als möglich die ausfallenden Beratungs-

en aktiv, wir organisieren und unterstützen Veranstaltung, beraten studentische Initiativen und wir vernetzen uns mit anderen Asten oder studentischen Gruppen, wodurch letztendlich auch dieses Gespräch entstehen konnte.

Lieber Just, danke, daß du dir die Zeit für uns genommen hast?

Kein Problem. Ich wünsche euch, daß die verfaßte Studierendenschaft bei euch an der Uni Bremen nie in eine solche Situation kommt, wie bei uns.

Interview geführt von LiSA

"
Das Verhalten des RCDS an der TU Berlin ist für mich keine spezifische Ausprägung, kein Unfall, sondern Programm.

Wir stellen vor...

Die Junge Alternative Bremen

Portraits von Marvin Mergard und Jonas Schick - Studierende der Uni Bremen
veröffentlicht auf afdwatchbremen.com

Am 16. Oktober 2016 wurde offiziell der letzte Landesverband der Jugendorganisation der rechtspopulistischen bis rechts-radikalen AfD, „Junge Alternative“ (JA), in Bremen gegründet. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Marvin Mergard gewählt. Dieser ist gleichzeitig auch AfD-Fraktionssprecher im Beirat von Vegesack (Stadtteil in Bremen-Nord).

Marvin Mergard

Völkisch bis ins Mark

Marvin Mergard's Interesse am deutschen Nationalismus begann schon während seiner Schulzeit. Inzwischen studiert er Geschichte an der Uni Bremen und bastelt an seiner Karriere bei der Landes-AfD und der JA. Auch wenn Mergard das Spiel gut versteht, sich nach außen als unscheinbarer Konservativer zu verkaufen, hatte er bereits 2013 ein völkisch-nationalistisches Forum namens deutschpartioten.de auf-

nen und Gruppen verbinden soll. Dieser Versuch scheiterte bisher.

Mergard ist nicht nur Eigentümer und Administrator dieser Domain, sondern darüber hinaus auch mit seinem Alias Dunkle Eule im Internet zu verschiedenen Themen aktiv. Dort produziert er u. a. eigene Videos und Materialien die einen deutlichen anti-muslimischen Rassismus und sekundären Antisemitismus beinhalten. Die geradezu fanatische Abwehr alles Progressiven und ein angestrebter ersehnter Umsturz des Systems von Rechtsstaat und Demokratie durch einen neu-rechten Geist, sind Teil seiner Argumentation, mit Verweisen auf paraphrasierte Inhalte der Neurechten Denkschule. Hier ist vor allem Götz Kubitschek die Galionsfigur der Neurechten. Alle Produktionen von Mergard sind gefüllt mit typischen Inhalten der Neurechten. Spezifisch an Mergard ist seine Ausrichtung, an eine Form von absolutistisch regierter Gesellschaft anknüpfen zu wollen, wie sie vor allem im deutschen Kaiserreich/Groß-preußen vorzufinden war.

manche rechte Strömungen bestehenden Zielrichtung, eines völkisch-großdeutschen Reiches, wie es in der präfaschistischen Phase Deutschlands um die Epoche Preußen – Bismarcks existiert habe. Mergard vermeidet es dabei bewusst positiv an das 3. Reich anzuschließen und umgeht mit wenigen Ausnahmen die Zeit des Na-

"*Hinter seinem Begriff von Konservativismus enttarnt sich die Zielrichtung, eines völkisch-großdeutschen Reiches, wie es in der präfaschistischen Phase Deutschlands um die Epoche Preußen – Bismarcks existiert habe.*



✕ Marvin Mergard, 2016 - Quelle: facebook

gebaut. Bei diesem Forum geht ihm nach eigener Erklärung um ein neurechtes Social Media Netzwerk, das bundesweit Perso-

Ideologische Einordnung

Das ganze Weltbild und die Zielrichtung des Marvin Mergard ist also in etwa Deckungsgleich mit dem von extrem rechten Burschenschaften. Hinter seinem Begriff von Konservativismus enttarnt sich eine weiterhin für

tionalsozialismus in Deutschland. Durch Anknüpfung an die politische Rechte in der Phase vor und während der Weimarer Republik, welche Demokratie und Menschenrechte als solche im Kern ablehnten. Daher mutet es befremdlich an, wenn ausgerechnet Mergard ein parlamentarisches Amt inne hat, dessen Diskurs er gleichzeitig zutiefst ablehnt und außerparlamentarisch bekämpft.

Mergard geht es darum einen historisch legitimierten Deutschen Nationalismus zu propagieren. Dies kann ihm nur gelingen, wenn er den Nationalsozialismus aus der Geschichte der Deutschen Nation ausklammert. Dass die von Mergard genutzten Denkschulen im Nationalsozialismus zu sich selbst gekommen sind und dabei den Weg für die industrielle Vernichtung von Millionen Menschen bereitet haben, wird dabei von ihm in revisionistischer Manier ausgeblendet.

Patriotismus als Heilsversprechen in der AfD

Neben diesen Themen ist ihm besonders daran gelegen sich als den neuen Typus eines Patrioten zu präsentieren. Dabei zieht er moderne Erklärungsmuster heran, die am Ende jedoch immer wieder auf das alte Verständnis des völkisch-nationalistischen Sinns zurückfallen. Der in der AfD beliebte Begriff 'Patriot', dessen Mergard sich all zu gern bedient, muss als Chiffre verstanden werden. Unter diesem Begriff verbirgt sich bei Mergard ein ideologisches Gemisch aus völkisch und nationalistischen Ideen und Zielen. Damit ist Mergard ein typischer Vertreter der sogenannten patriotischen

Plattform um Höcke. Neben diesen Tatsachen, zeigt Mergard ebenso wie Robert Teske eine große Anlehnung an die Identitäre Bewegung und an schlagenden Burschenschaften, sowie für Publikationen wie der Blaue Narzisse bzw. noch radikaleren neurechte Medien.



✗ Jonas Schick neben Propaganda-Stand der AfD in Vegesack 2016 – Quelle: Facebook AfD Bremen

Jonas Schick

Anwärter auf eine AfD Karriere

Jonas Schick war 2015 zum Studium aus der Region Mannheim nach Bremen gezogen und stieg nach der Gründung der JA in Bremen, im Herbst 2016, als aktives Mitglied in die Gruppierung mit ein. Gegenwärtig studiert Schick an der Uni Bremen Soziologie; nachdem er zuletzt in Mannheim Politikwissenschaften studierte.

Recherchen können belegen, dass Jonas Schick bereits im Jahre 2010 auf der BestellerInnen-Liste des Neonazi-Versandhauses Thor Steinar aufgeführt ist. Was die Frage bereits zu klären scheint, welch Geistes Kind Jonas wohl sein könnte.

Gegenwärtig wohnt Schick zusammen mit dem Beiratsmitglied und JA Vorstand Marvin Mergard in Vegesack in einer Wohngemeinschaft und ist bei Propaganda-Auftritten der AfD zusammen mit dem Bremer Parteichef Frank Magnitz und dem JA Vorstand überwiegend im Bremer Norden unterwegs.

Nach Angaben des AfD Bürgerschaftsmitglieds Alexander Tassis ist Jonas Schick zuständig für den Fachbereich Genderpolitik.

afdwatchbremen.com



Keine Uni dem rechten Rand!

Oder warum die Studierendenschaft nun von J. Barberowski verklagt wird.

Es fällt mir schwer diesen Artikel so zu schreiben, dass er dem Thema gerecht wird. Aufgrund einer einstweiligen Verfügung gegen die Studierendenschaft und den AstA als dessen gerichtliche Vertretung ist es derzeit untersagt, umfangreiche Kritik an einer höchst kritikwürdigen Person zu äußern. Wie kam es dazu?

Der Historiker und Gewaltforscher Prof. Jörg Baberowski, welcher an der Humboldt Universität den Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte bekleidet, wurde im Oktober 2016 vom Ring Christlich-DEMokratischer Studierender (RCDS) und der

rung beeinträchtigt. Deshalb werden wir in Berufung gehen.

In dem Rechtsstreit geht es nämlich um die freie Meinungsäußerung und darum, dass kritikwürdiges weiter kritisierbar bleibt. Fundierte Kritik eines politischen Akteurs mithilfe staatlicher Organe zu unterdrücken ist repressiv. Offensichtlich benutzt Baberowski Gerichte um Kritik zu unterbinden, sodass unliebsame Stimmen un-

terdrückt werden und davon gibt es viele. Er proklamiert seine Zitate seien aus dem Zusammenhang zitiert worden und wirft sich in die Opferpose des missverstandenen, stets zu Unrecht kritisierten Intellektuellen. Dieses Verhalten ist typisch für die extreme Rechte. Doch die Versuche unliebsame Stimmen mundtot zu machen ist ein fundamentaler Angriff auf die Meinungsfreiheit.

Benannt wird an dieser Stelle vor allem die Hierarchie innerhalb der Diskurse. Als Professor genießt Baberowski Deutungshoheit. Derzeit tritt Baberowski laufend in Film und Fernsehen auf und zeige, so Schumatsky in 'Die Welt' kein Verständnis für die offene Gesellschaft: „Baberowski beklagt sich, eine ‚Obrigkeit‘ hindere ihn daran, sich kritisch über die Einwanderung

"
...laut Urteil dürfen wir ihn rechtsradikal nennen.

Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) an die Universität Bremen eingeladen, um sein im September 2015 erschienenes Buch „Räume der Gewalt“ vorzustellen. Der AstA verfasste daraufhin ein Flugblatt, welches anhand vieler, durch Quellen belegte Zitate Baberowski kritisch beleuchtete und zum friedlichen Widerstand gegen die Veranstaltung aufrief, um dem (laut Urteil dürfen wir ihn rechtsradikal nennen) Populisten das Podium zu nehmen. Aufgrund dieser 'massiven Bedrohung' wurde die Veranstaltung in die Räumlichkeiten der KAS verlegt.¹ Nachdem das Flugblatt einen Tag in der Mensa auslag, wurden wir von der Anwaltskanzlei Schertz-Bergmann, im Namen ihres Mandanten Baberowski zu einer Unterlassungserklärung aufgefordert. Dem folgte der AstA nicht, sodass Baberowski vor dem Kölner Landesgericht eine einstweilige Verfügung erwirkte. Das Urteil wurde am 15.03.2017 bekannt gegeben. Das Verbot, den Berliner Historiker als "rechtsradikal" zu bezeichnen, wurde aufgehoben, was als Teilerfolg anzusehen ist. Dennoch sehen wir uns durch die weitestgehende Aufrechterhaltung der einstweiligen Verfügung aber weiterhin stark in unserem Recht auf freie Meinungsäuße-

Da es weiterhin untersagt ist weite Teile unserer Kritik wiederzugeben, lasse ich andere Kritiker zu Wort kommen: Die studentische Fachschaftsräte- und -initiativenversammlung der Humboldt-Universität äußerte sich in einem Statement im Februar 2017 deutlich: „Professor Jörg Baberowski, Inhaber des Lehrstuhls für osteuropäische Geschichte, hetzt öffentlich gegen Geflüchtete und relativiert in seiner Forschung nationalsozialistische Verbrechen. Durch die Darstellung der Mehrheit der „Einwanderer“ als „Belastung“ für den Sozialstaat schürt er diffuse Angstgefühle und nutzt Geflüchtete als Sündenbock für gesellschaftliche Probleme. Er wird einerseits nicht müde, vielen Geflüchteten „Aggressivität“ zu unterstellen, während

"
Er verharmlost NS-Kriegsverbrechen in der Sowjetunion als alternativlose Reaktion auf die Kriegsführung der Roten Armee und der Partisanen.

zu äußern. Dies ist ein verbreitetes Res-sentiment, das gerade im Fall Baberowski jeglicher Grundlage entbehrt, der in letzter Zeit fast wöchentlich in großen Zeitungen und Fernsehsendern zu Wort gekommen ist. Bemerkenswert ist die Auffassung des Historikers von unserem politischen System: „Der Untertan soll schweigen und preisen, was ihm die Obrigkeit als Wirklichkeit präsentiert.“³

An der politischen Aus-richtung Baberowskis lässt auch das Neue Deutsch-land keinen Zweifel. Zur Kritik der Studierenden der HU heißt es: „Gegen-stand der heftigen stu-dentischen Kritik waren die konservativen bis rechten Positionen des Politik-wissenschaftlers Herfried Münkler und des Osteu-ropaspezialisten Jörg Ba-berowski. Ihnen wurde zu Recht vorgeworfen, dass sie strittige Probleme der deutschen und russischen Geschichte relativieren oder gar verfälschen, um in der heutigen deutschen Gesellschaft das Verständ-nis für militaristische Ideologien, für eine Hegemonialrolle der Bundesrepublik als ‚Zuchtmeister‘ (Münkler) Europas und eine Politik globaler Einmischung zu fördern.“⁴

Ebenfalls bezeichnend sind Baberows-kis Nähe zu dem rechten Historiker Ernst Nolte⁵ und die apologetische Analyse der NS-Diktatur. Baberowski äußert sich zum zweiten Weltkrieg in seinem Buch „Ver-brannte Erde“ von 2012 wie folgt: „In jedem Krieg ist solch ein Zustand [wie er an der Ostfront herrschte] Grund genug, um dem Gegner Widerstand zu leisten und Grau-samkeiten zu begehen. Mit Hinweis auf

ideologische Überzeugungen ist solches Verhalten überhaupt nicht erklärbar. Hit-lers Soldaten führten keinen Weltanschau-ungskrieg, sie führten vielmehr einen Krieg, dessen Dynamik sie nicht mehr entkamen. [...] Hitler war schlecht beraten, Krieg gegen ein Regime zu führen, dem die Massenge-walt zur zweiten Natur geworden war und dessen Soldaten mit dieser Gewalt um-zugehen verstanden. Gegen eine solche

sen welche Plattformen sich seinen Äu-ßerungen bedienen, namentlich Politically Incorrect⁹, Breitbart News¹⁰ und der Daily Stormer¹¹. Tage nach der Veranstaltung in den Räumlichkeiten der KAS erreichten den AStA Drohmails, -briefe und -anrufe. Innerhalb von wenigen Tagen hatten u.a. konservative und rechte Foren wie der Ci-cero¹², ScienceFiles¹³, Denken erwünscht¹⁴ und eigentümlich frei¹⁵ Einträge verfasst welche sich klar auf die Sei-te Baberowskis stellten.

Der AStA hat im Laufe des Konfliktes einiges an Soli-darität erfahren, nur leider auch viel unverständliches und enttäuschendes Duck-mäusertum, was sich vor allem am Osteuropa Insti-tut der Uni Bremen zeigte. Die Leiterin des Institutes, Sabine Schattenberg, äu-ßerte sich auf Anfrage wie folgt zum Gerichtsverfah-ren: „Professor Baberowski ist keineswegs ein „höchst umstrittener Professor“, sondern ein sehr renom-

mierter Wissenschaftler. Dass sein Auf-treten an der Universität Bremen verhin-dert wurde, finde ich höchst bedenklich. Für eine Solidaritätsbekundung mit Ihnen stehe ich daher nicht zur Verfügung, ganz im Gegenteil: meine Solidarität gehört Jörg Baberowski – und der freien Meinungsäu-ßerung.“

Viele weitere Mitarbeiter*innen des Ins-titutes solidarisierten sich zwar mit dem AStA, aber auf die Nachfrage, diese auch öffentlich zu zeigen, zogen sie sich unter dem Einwand „den Institutsfrieden nicht zu gefährden“ zurück.

Der Hauptvorwurf an den AStA im Kon-text der Aufrufs zum Widerstand gegen

„Es gab eine Zeit, da wäre eine sol-che Verniedlichung der Rolle des Antisemitismus beim Holocaust in Deutschland ein Skandal gewesen. Das Land ist intellektuell derart auf den Hund gekommen, dass Baberowski bejubelt wird.“

Macht konnte die Wehrmacht auf Dauer nicht Sieger bleiben.“⁶ Barberowski wird auch nicht müde die Rolle des Antisemitis-mus im zweiten Weltkrieg zu relativieren: „Nicht einmal in den Einsatzgruppen gab es besonders motivierte Antisemiten. Sie haben bloß Juden ermordet.“⁷ Dazu Alan Posener in 'Die Welt': „Es gab eine Zeit, da wäre eine solche Verniedlichung der Rol-le des Antisemitismus beim Holocaust in Deutschland ein Skandal gewesen. Das Land ist intellektuell derart auf den Hund gekommen, dass Baberowski bejubelt wird.“⁸

Im Kontext der Veranstaltung in Bremen zeigte sich auch Baberowskis politischen Wirkungskreis deutlich, u.a. anhand des-

„Dabei wird verkannt, dass Barberowski als Professor Deutungshoheit zukommt, welche auch ohne die Veranstaltung gehört wird und ernst genommen wird. Hingegen wird unliebsame Kritik an ihm, durch seine Anwälte bekämpft. D.h. nicht der AStA verhindert Meinungsvielfalt, sondern Barberowski tut dies selbst.“

die Veranstaltung mit Barberowski beläuft sich auf der Kritik Meinungsfreiheit zu unterbinden und Meinungsvielfalt nicht zuzulassen. Dabei wird verkannt, dass Barberowski als Professor Deutungshoheit zukommt, welche auch ohne die Veranstaltung gehört wird und ernst genommen wird. Hingegen wird unliebsame Kritik an ihm, durch seine Anwälte bekämpft. D.h. nicht der AStA verhindert Meinungsvielfalt, sondern Barberowski tut dies selbst.

Doch wir bleiben voller Widerstand und werden Baberowski weiter lautstark kritisieren, die Klage weiter in die Öffentlichkeit tragen und in die nächste Instanz gehen. Wir erfahren viel Solidarität von Einzelpersonen, anderen ASten, linken Strukturen und auch von Dozent*innen an der Uni, wie den Professor*innen Frieder Nake, Martin Nonhoff und Andreas Fischer-Lescano sowie Frieder Vogelman und Sabine Ritter.

Keine Uni dem rechten Rand!

Jessica Nuske

- 01 <http://www.taz.de/!5347388/>
- 02 <https://genderini.files.wordpress.com/2017/02/stellungnahme-gegen-rechte-positionen-in-der-lehre.pdf>
- 03 https://www.welt.de/print/die_welt/politik/article148548101/Liebe-besorgte-Buerger-bitte-werdet-keine-Untertanen-der-Luege.html
- 04 <https://www.neues-deutschland.de/artikel/987514.kein-sturm-im-wasserglas.html?sstr=barerowski>
- 05 Im Februar 2014 erklärte Baberowski gegenüber dem Spiegel: „Nolte wurde Unrecht getan. Er hatte historisch recht.“ Siehe: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-124956878.html>
- 06 Baberowski, Jörg (2012): Verbrannte Erde – Stalins Herrschaft der Gewalt. München: C. H. Beck, 403
- 07 Baberowski, Jörg (2015): Räume der Gewalt. Frankfurt am Main: S. Fischer
- 08 <https://www.welt.de/print/wams/kultur/article150814231/Der-Raum-unter-der-Schaedeldecke.html>

- 09 <https://www.pi-news.net/2017/01/2017-vier-kaempfe-vier-fronten/>
- 10 <http://www.breitbart.com/london/2015/12/07/left-historian-christian-germany-everything-dear-to-us-will-disappear-because-of-mass-migration/>
- 11 <http://www.dailystormer.com/german-professor-says-german-identity-will-be-totally-destroyed-by-mass-immigration/>
- 12 <http://cicero.de/salon/bremer-studenten-kontra-debattenkultur-redefreiheit-nur-fuer-gleichgesinnte->
- 13 <https://sciencefiles.org/tag/asta-der-universitaet-bremen/>
- 14 <http://denken-erwuenscht.com/schaut-in-die-geschichtsbuecher-gewalt-und-redeverboete-sind-sa-methode/?print=pdf>
- 15 <http://www.ef-magazin.de/2016/10/25/9975-sprechverbot-fuer-jorg-baberowski-der-kampf-der-linken-gegen-falsche-meinungen>

Solierklärung für den AStA

von Prof. Dr. Frieder Nake, 01.02.2017

„Ich erfahre zu meinem Erstaunen, zu meinem Erschrecken, zu meinem Entsetzen, dass ein Berliner Historiker von der Humboldt Universität den AStA der Bremer Universität, ja die ganze Studierendenschaft per Gerichtsbeschluss dazu gezwungen hat, nicht mehr über bestimmte seiner Äußerungen zu berichten, ja, nicht einmal gewisse Zitate des Professors öffentlich verwenden zu dürfen.

Was für ein dünnhäutiger Lehrer muss dieser Mensch sein, wie schwach muss sein Gefühl für das hohe Gut der Meinungsäußerung entwickelt sein, wie gering muss er Menschen ansehen, die Lehren aus der nicht sonderlich feinen jüngeren deutschen Geschichte zu ziehen versuchen und dabei, wie mir scheint, notwendigerweise Meinungen vertreten wollen, die den Äußerungen und Handlungen des Herrn Professor Baberowski entgegengesetzt sind.

Ich erkläre mich mit dem Asta der Universität Bremen, mit seinen Mitgliedern solidarisch, weil ich es für unerträglich halte, wie hier ein Mensch seine Überzeugung zum Maß aller Dinge erhöht und den Streit der Meinung zur Gerichtsangelegenheit verkommen lässt.“

–Prof. Dr. Frieder Nake, Mathematiker und Informatiker

“

....weil ich es für unerträglich halte, wie hier ein Mensch seine Überzeugung zum Maß aller Dinge erhöht und den Streit der Meinung zur Gerichtsangelegenheit verkommen lässt.“

Alte und neue rechte Phänomene

Identitäre Bewegung und Reichsbürger

Bremen wird häufig als tolerante und bunte Stadt angesehen, doch auch hier gibt es die „andere“ Seite. Wie überall bewegen sich auch in Bremen rechstextreme Strukturen. Zwei Beispiele wollen wir euch hier vorstellen: Die einen gibt es schon sehr lange, die anderen sind noch jung, doch beide werden vom deutschen Verfassungsschutz beobachtet. Es handelt sich um die Identitären und die Reichsbürger¹.

Identitäre Bewegung

0% rassistisch, 100% identitär – damit wirbt die Identitäre Bewegung (IB), zum Beispiel auf Aufklebern. Man muss aber nicht mal besonders genau hinsehen, um festzustellen, dass sie sehr wohl rassistisch sind.

Die Ideologie der Identitären entspricht dem Ethnopluralismus, der zwar ohne den Begriff „Rasse“ arbeitet (weshalb sich die Identitären wohl als nicht rassistisch empfinden), diesen aber einfach durch Begriffe wie „Volk“, „Kultur“ oder „Nation“ ersetzt. Im Ethnopluralismus wird zwar nicht unbedingt ein „Volk“ über das andere gestellt, aber alle sollen doch bitte da bleiben, wo sie herkommen und sich kulturell eindeutig zuordnen können. So soll jedes „Volk“ seinen eigenen Charakter stärken und dieser Charakter sei durch Vermischung bedroht.

Besondere Angst schürt die IB in dem Zuge vor dem sogenannten Abendland und dem Islam und seinem angeblichen Ziel, die Welt zu unterjochen. Es werden Dystopien prophezeit, zum Beispiel durch Plakate, auf denen auf der einen Seite eine Skyline mit Sehenswürdigkeiten deutscher Städte zu sehen ist (unter anderem das Brandenburger Tor oder der Kölner Dom) und in eine dunkle Skyline übergeht, die aus vielen Moscheen besteht. Bei 3,5 Mio. Menschen, die sich in Deutschland mit insgesamt 81 Mio. Einwohner*innen zu einer Glaubensrichtung des Islam zugehörig führen, erscheint ein solches Szenario absolut irrational und plakativ.

Ebenso plakativ und irrational ist ihre Forderung nach dem Schutz „unserer“, also deutscher, weißer Frauen sowie der ausgemachten Angst vor einem zukünf-

tigen Verschleierungs-Zwang. Dazu werden auch die Ereignisse der Silvesternacht 2015/16 instrumentalisiert und eine Angst vor Vergewaltigungen heraufbeschworen. Der alltäglich vorhandene Sexismus in Deutschland wird dabei ignoriert. Damit einher geht auch ein großer Zweifel an der Politik und der aktuellen Regierung, vor allem aufgrund der sog. „Flüchtlingskrise“.

In erster Linie geht es bei der IB also um Patriotismus, die „Identität“, um die Heimatliebe und die Bewahrung eben dieser Heimat und ihrer Kultur, welche durch Zuwanderung angeblich Gefahr laufe, zu einem „kulturellen Einheitsbrei“ zu werden.

„Die Ideologie der Identitären entspricht dem Ethnopluralismus, der zwar ohne den Begriff „Rassen“ arbeitet, diesen aber einfach durch Begriffe wie „Volk“, „Kultur“ oder „Nation“ ersetzt.“

Ihr Slogan spiegelt dies wider: „Heimat – Freiheit – Tradition“.

Die IB behauptet zwar, sich von Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus oder Nationalsozialismus abzugrenzen, doch mit Aussagen wie z.B., sie seien einfach national und identitär, setzen auch sie auf Ausgrenzung und reproduzieren diese menschenverachtenden Ideologien.

Entstehung und Organisation

Die IB in Deutschland hat ihren Ursprung in der französischen Génération identitaire, 2012 gründete sich dann der Verein zur Erhaltung und Förderung kultureller Identität in Österreich. Heute hat die IB in Österreich an Einfluss gewonnen und arbeitet sogar mit der rechtspopulistischen FPÖ zusammen. 2014 bildete sich eine facebook-Gruppe in Deutschland, die aus der kulturrassistischen Splittergruppe „Sarrazin-Bewegung“ hervorging und großen Zuspruch fand. Aufgrund der starken Verbindung zu „ihrer“ Heimat ist die Identitäre Bewegung in regionalen Gruppen organisiert, es gibt 15 Gruppen in Deutschland. Hierzulande bildete sich zuerst die IB Großraum Lüneburg, welche Hamburg mit einschloss und aus Hamburger Burschenschaften entstand. Jetzt gibt es hier die IB Niedersachsen, zu denen sich auch Bremen zählt. Insgesamt gibt es ungefähr 400 Mitglieder in Deutschland.

Zeichenverwendung

Schon Hitler fand die griechische Antike faszinierend. Er erkannte die indogermanischen Einwander*innen, die im 2. vorchristlichen Jahrtausend aus Griechenland und Italien kamen, als Germanen an. Somit sind die antiken Griech*innen teilweise die

Vorfahr*innen der von ihm konstruierten deutschen „Rasse“.

„So versteht sich die IB als Phalanx gegen die Immigration von Menschen aus dem Ausland, die Deutschland vor der Vermischung bewahren soll

Auch die IB bedient sich gerne der griechischen Antike und ihrer Zeichen. Damit soll besonders die Tradition hervorgehoben werden. Als Logo verwenden sie das griechische Lambda in schwarz auf gelbem Hintergrund, wie auch das spartanische Heer es auf seinen Schilden getragen hat im Kampf gegen das persische Heer (das altpersische Großreich erstreckte sich über ein großes Gebiet Zentralasiens und Nordafrikas). 2007 kam das durch den Hollywoodfilm „300“ wieder auf, in dem es um 300 Spartanen geht, die mit diesem Schild gegen die viel größere Vielvölkerarmee ankämpfen. Genauso versteht sich die IB als Phalanx (griechische Kampfformation mit dichtgeschlossener Front) gegen die Immigration von Menschen aus dem Ausland, die Deutschland vor der Vermischung bewahren soll.

Selbstdarstellung und die Wirklichkeit

Die Identitären wahren ihren akademischen Anschein, Argumente sollen (auf den ersten Blick) gut durchdacht wirken und es werden auffällig viele Fremdwörter benutzt. Sie wollen sich deutlich abheben von dem Klischee des glatzköpfigen, dummen Nazis, der Parolen brüllt und aggressiv ist. So sind zum Beispiel ehemalige NPD-Mitglieder nicht in den Führungsebenen vertreten, unter den anderen Mitgliedern findet man dagegen welche.

Wie schon erwähnt, behaupten sie, sie seien „0% rassistisch“. Sie akzeptierten schließlich die Verschiedenheit, bloß eben bitte nicht hier. Dass sie dennoch rassistisch sind, ist unschwer zu erkennen. Zum einen wird immer wieder betont,

dass der Islam nicht zu Deutschland gehöre und die Angst wird geschürt, dass die Muslim*innen, sobald sie eine größere Anzahl in Deutschland erlangt hätten, die hiesigen Rechtsverhältnisse nicht mehr akzeptieren und dagegen ankämpfen würden. Dies wird verbunden mit einer Kritik an der Regierung, die „ihre Floskel von der Zugehörigkeit des Islams zu Deutschland und Europa [...] betonen“ (siehe

facebook, Seite „Identitäre Bewegung – Deutschland“). Eine Intoleranz gegenüber anderen Glaubensrichtungen in Deutschland und damit einhergehender Rassismus ist also nicht zu leugnen.

Ihre Videos und ihr Layout haben eine auffallend gute Qualität und selten findet man einen Rechtschreibfehler, was sie intellektuell wirken lässt. Das Video „Identitäre Bewegung Bayern stellt sich vor“ (Youtube) wirkt auf den ersten Blick sehr positiv – die Gemeinschaft wird gezeigt, viel Natur, sympathische junge Menschen (alle haben weiße Hautfarbe und blonde Haare), die zu verschiedenen Themen etwas sagen. Dabei werden viele Euphemismen verwendet und es kommen Sätze vor, wie „In der Wiederbelebung der Tradition liegt der Schlüssel zu einer bunten und vielfältigen Welt“, Globalisierung und indirekt Kapitalismus werden kritisiert, die Flucht von Menschen aus Kriegsgebieten wird anerkannt. Doch jegliche Argumente zielen letztendlich auf die Heimatliebe, die Tradition ab und münden in rassistisch konnotierten Aussagen. Zwischen den vielen schönen Sätzen sagen sie dann schon auch ehrlich, was ihre Ziele sind. Man

kann sich jedoch, wenn man vielleicht noch halb auf die bewegende Musik hört, die im Hintergrund gespielt wird, leicht täuschen lassen.

Interessant in dem Video ist auch, dass drei Männer und drei Frauen sprechen. Die Frauen entsprechen natürlich dem typischen Bild mit langen, blonden Flechtfrisuren und trotzdem kommen sie mit ernstesten Redebeiträgen zu Wort, was dem reaktionären Frauenbild, das rechte Bewegungen ja meist vertreten, widerspricht. Doch dieser Widerspruch zieht sich, wie so häufig, durch die ganze Organisation. Auf der einen Seite gilt es, die als passiv dargestellten Frauen vor der Islamisierung zu schützen, ebenso wie vor der angeblichen Gewalt geflüchteter Männer, wofür wenige Einzelfälle pauschalisiert und stigmatisiert werden. Sobald es ein Geflüchteter ist, der „unsere“ Frauen (offenbar sind damit die Frauen, die zu unserer männlichen Welt gehören, gemeint) angreift, ist der Aufschrei groß, dass sexuelle Gewalt aber auch von „deutschen“ Männern ausgeht, dazu wird natürlich nie etwas gesagt. Dazu kommt, dass sich die drei Frauen in dem Video aus



x IBster Robert Timm, einer der Aktivist*innen der Identitären Bewegung auf dem Titelbild der taz am Wochenende 01.10.2016

reinen Imagegründen sicherlich ganz gut machen. Tatsächlich sind auf der Internetseite der IB unter dem Menüpunkt „Unsere Aktivisten“ aber nur zehn Männer zu finden und keine Frau. Somit ist es wohl offensichtlich, dass es eben nur um den Schein geht und Frauen in der Bewegung nicht zu den führenden Akteur*innen gehören.

Weiterhin zeigt sich durch einen Vorfall in Graz, wie die IB tatsächlich zu Gleichberechtigung steht: Eine Gruppe von Identitären wollte in Graz ein Frauenhaus besuchen und es wurde zuvor von Martin Sellner, einem der führenden Akteur*innen der österreichischen IB, in diesem Zusammenhang unter dem Hashtag „fr4u-enhouseg4ng“ getwittert. Es wurde auch ein Video im Netz hochgeladen mit dem Dialog:

Martin Sellner: „Einen letzten Kommentar, bevor wir ins Frauenhaus Graz gehen?“

Patrick Lenart (Leiter IB Steiermark): „Du hast mir versprochen, dass man sich dort die Frauen aussuchen kann.“

Martin Sellner: „Luca, kommst mit Frauenhaus?“

Luca Kerbl (Ex-FP-Obmann Graz Lend): „Das ist sowieso klar, deshalb bin ich hergekommen.“

Im Folgenden wurden unter dem Hashtag von Sympathisant*innen der IB Posts wie „Frauenhaus. Bester Aufrissplatz. Eine ist immer da.“ oder „Bordellschutzhaus“ verfasst.

Ausführlich ist das nachzulesen unter www.vice.com/de/article/identitaere-frauenhaus-graz.

Somit ist wohl auch sehr deutlich, dass die IB auf jeden Fall frauenverachtend und sexistisch ist.

Nun stellt sich die Frage, wer tatsächlich die Mitglieder der IB sind, abgesehen mal von den paar führenden Vorzeige-Mitgliedern, die alle entweder studieren und/oder sich als solide Familienväter geben. So zählt sich zum Beispiel die Identitas Nord aus Eutin zur IB. Diese unterhält Kontakte zur Kameradschaftsszene Mecklenburg-Vorpommern. Unter Identitären aus Eutin

gibt es Kontakte zu Jens Lütke, dem ehemaligen Landesvorsitzenden der NPD und zu dem rechten Liedermacher „Zog Sux“. Teil der Kieler Identitären Gruppe ist Lenart Krakow, der der rechtspopulistischen Partei „Die Freiheit“ angehört und er, wie auch andere Mitglieder der Identitären sind ebenfalls in der Burschenschaft Germania. Er selbst ist zwar nicht in der NPD, aber die Wege scheinen sehr kurz, wenn man sich seinen Freundeskreis genauer ansieht. Der

„*Die Verbindungen zur rechts-extremen Szene sind stark und deshalb ist es absolut gerechtfertigt, sie als menschenverachtende, rechtsextreme Bewegung auszumachen.*“

Hamburger Identitäre Jan Krüger war bei den Jungen Nationaldemokraten, der Jugendpartei der NPD. Auch zur AfD hat die IB Verbindungen.

Die IB beschreibt sich selbst als „nicht links, nicht rechts, identitär!“, doch bei genauerem Hinsehen erkennt man die Scheinheiligkeit dahinter. Die Verbindungen zur rechtsextremen Szene sind zu stark und deshalb ist es absolut gerechtfertigt, sie als menschenverachtende, rechtsextreme Bewegung auszumachen. Das hat sogar schon der Bundesverfassungsschutz erkannt.

Überzeugungsmechanismen

Wie man es schon von anderen rechten Gruppierungen kennt, spielt eine große Rolle bei der Überzeugungsarbeit der IB die Angstmache, die Dystopie und die Übertreibung. Unsere Heimat würde gestohlen, der Staat greife nach den Seelen unserer Kinder, unsere Kultur werde von einem kulturellen Einheitsbrei ersetzt, unsere Frauen würden vergewaltigt und verschleiert, unsere Städte würden bald von Moscheen gespickt sein, der Islam werde unsere Rechtsstaatlichkeit zerstören und so weiter. All diese, im übrigen sehr populistischen Argumente werden auf akademi-

ischem Niveau vorgetragen und alleine das reicht bei vielen offenbar zur Überzeugung schon aus.

Außerdem ist die IB jugendlich modern, man nennt sie auch „IBster“ und über die modernen Medien treten sie an potentielle Mitglieder heran. Sie sind nicht verstaubt, sie haben scheinbar neue Ideen, sie sagen, sie wollen wirklich etwas verändern. Wenn sich das junge Publikum in der NPD oder in der AfD, die schon einen gewissen Ruf haben, nicht wiederfindet, dann ist vielleicht die IB das Richtige.

Darüber hinaus bieten die Identitären ein Gruppengefühl mit vielen gemeinschaftlichen Unternehmungen, das Mitglieder anwirbt und sicherlich auch hält. In diesen Unternehmungen wird besonders die deutsche Identität konstruiert mit Wanderungen in die Natur, Stammtischen, Freizeiten oder, wie in dem erwähnten Video gezeigt wird, gemeinsame Abende bei Kerzenschein oder Lagerfeuer mit Gitarrenmusik und Gesang. Die deutschen Volksliederbücher dürfen dabei natürlich nicht fehlen. Viele, die sonst vielleicht nicht so viel Anschluss finden, könnten sich dadurch anziehen lassen, womöglich sogar ohne zu 100 Prozent hinter der Ideologie zu stehen und für andere ist es natürlich auch ein schönes und bindendes Gefühl, dort Freund*innen zu finden. Und sobald man seine „deutsche Identität“ erst mal gefunden hat, wächst womöglich die Angst, jemand könnte kommen und sie einem wieder wegnehmen. Auch in der NS-Zeit hat es dieses starke Gemeinschaftsgefühl gegeben, gekonnt konstruiert von dem Hitlerregime, das die Menschen dazu bringt, mitzulaufen und sobald man Teil der Gruppe geworden ist, sich nicht mehr gegen sie aufzulehnen.

Politischer Aktionismus und die IB in Bremen

Die IB fällt immer mehr mit ihren politischen Aktionen auf. Letztes Jahr im September ließen sie ein Banner vom Brandenburger Tor mit der Aufschrift „Grenzen schützen, Leben retten“ herabhängen und schwenkten eine Flagge mit dem IB-Symbol. Schließlich wurden sie von der Polizei weggetragen. Häufig bedienen sie sich Ideen linken politischen Aktionismus' und geben dies auch offen zu. So hatten vor 5 Jahren Greenpeace-Umweltschützer*innen

im Protest gegen die Atomkraft ein Banner vom Brandenburger Tor hängen lassen.

Später besetzte die IB den Balkon der SPD-Bundeszentrale in Berlin und stürmten eine Veranstaltung des Parteivorsitzenden der Grünen Cem Özdemir. Auch in Dresden sind sie aktiv. Erst dieses Jahr im Februar stellten sie auf dem Neumarkt drei Busse hochkant auf, an denen ein Plakat mit der Aufschrift „Eure Politik ist Schrott“ hing. Auf den Bussen wehte wieder die IB-Flagge. Das „Mahnmal“ kostete 57.000 €. Alle Aktionen werden zusätzlich von IB-Anhänger*innen gefilmt oder fotografiert und medial verbreitet. So findet man ebenfalls auf der Bremer facebook-Seite Fotos von Aktionen, z.B. wie Mitglieder das IB-Zeichen an verschiedenen Plätzen auf dem Bremer Weihnachtsmarkt mit Schneespray an Wände, Blumenkästen oder auf den Boden sprühen und Flyer verteilen. Außerdem sieht man gesprühte Aussagen, wie „Weihnachten“ und darunter ein durchgestrichenes „Winterfest“. Die IB ist also sehr präsent und sie wollen „Gesicht zeigen“, wie Martin Sellner sagt. Ihre Aktionen werden immer provokanter und offenbar werden auch keine Kosten gescheut, um möglichst viel Aufsehen zu erregen.

Insgesamt sollte man die IB wohl ernst nehmen und beobachten, alleine schon, wenn man sieht, wie stark und einflussreich sie in Österreich geworden sind. Dafür, dass es sie noch nicht lange in Deutschland gibt, haben sie ja auch hier mit etwa 400 Mitgliedern schon eine beträchtliche Größe erreicht und ihre Aktionen werden immer offensiver. Gerade, dass sie eben nicht nur stumpf Parolen brüllen, sondern ihren akademischen Anschein wahren, scheint viele Menschen zu beeindrucken, zu überzeugen und macht sie umso gefährlicher.

Quellen :

www.enoughisenough.eu/content/0-rassismus

www.vice.com/de/article/identitaere-frauenhaus-graz

www.zeit.de/2013/13/Die-Identitaeren

www.taz.de/!5341830/



✕ In einer Schneiderei in der Gynaler Straße /Nürnberg wurde Abdurrahim Özüdogru (49 Jahre) vom NSU ermordet. (Foto: apabiz)

Reichsbürgerbewegung

Lange nicht so jung und frisch wie die Identitäre Bewegung, aber immer noch aktuell, sind die Reichsbürger. Allerdings sind sie sich längst nicht so einig wie die Identitären, über die Jahre haben sich viele Splittergruppen gebildet, die untereinander teilweise sogar zerstritten sind. Nur die auf den ersten Blick absurde Verschwörungstheorie haben sie alle gemeinsam. Doch worum geht es?

Die Reichsbürger vertreten die Auffassung, das Deutsche Reich bestünde bis heute in seinen Grenzen von 1937 fort und sei immer noch von den Alliierten besetzt. Dafür führen sie eine Menge umstrittener Argumente an. Zum einen sollen diese beweisen, dass Deutschland kein souveräner Staat sei, denn Deutschland sei durch das angeblich noch bestehende Besatzungsstatut, das 1949 die Abgrenzungen und Verantwortlichkeiten der Besatzungsmächte regelte, immer noch besetzt und würde daher kontrolliert. Dazu kommt, dass die UN-Feindstaatenklausel (mehr dazu siehe nächster Absatz) noch existiert, in der das Deutsche Reich eine Rolle spielt.

Außerdem sei das Grundgesetz keine richtige Verfassung, da sie nicht demokratisch legitimiert sei und auch, dass das Grundgesetz nicht Verfassung heißt, ist ein Punkt. Anstelle eines Staates sei Deutschland ein Unternehmen, nämlich die BRD GmbH. Das sei schon durch die Existenz der Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH bewiesen. Die deutschen Bürger seien sein Personal und das sei auf den Personalausweis zurückzuführen.

Nun drängt sich natürlich die Frage auf, ob an diesen Behauptungen etwas dran ist. Immerhin wissen wohl die wenigsten im Detail, was welcher Vertrag in der Geschichte genau für rechtliche Auswirkungen hatte. Dieser Artikel versucht, einige der Argumente zu diskutieren.

„**Die Reichsbürger vertreten die Auffassung, das Deutsche Reich bestünde bis heute in seinen Grenzen von 1937 fort und sei immer noch von den Alliierten besetzt.**“

Haben das Besatzungsstatut und die UN-Feindstaatenklausel noch Bestand?

„Abwegig“, sagt der Rechtswissenschaftler Christoph Ohler zu dieser Behauptung. Das Besatzungsstatut sei 1955 mit dem Deutschlandvertrag unwirksam geworden. Allerdings habe es noch „Alliierte Vorbehaltsrechte“ gegeben, die dann aber mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag 1991 endgültig aufgehoben wurden.

Scurrilerweise ist auch der Linke-Politiker und Jurist Georg Gysi, der nun sicher nicht in das Bild des typischen Reichsbürgers passt, der Meinung, das Besatzungsstatut würde noch immer bestehen und Deutschland sei demnach besetztes Land. Dies erklärte er in einem Interview mit dem TV-Sender phoenix im August 2013.

Die UN-Feindstaatenklausel hat tatsächlich noch Bestand, ist allerdings obsolet, da sowohl das Deutsche Reich als auch das japanische Kaiserreich, das darin vorkommt, nicht mehr existieren. Sie regelte, dass falls die Feindstaaten des zweiten Weltkrieges wieder aggressive Politik verfolgen sollten, Zwangsmaßnahmen von den Unterzeichnerstaaten durch den UN-Sicherheitsrat verhängt werden könnten. Die Klausel macht daher keinen Sinn mehr und nur, weil das Deutsche Reich darin vorkommt, ist das noch kein Beweis für seine Existenz.

Ist das Grundgesetz eine richtige Verfassung?

Zwar gab es für das Grundgesetz bei dem Zusammenschluss der BRD und DDR keine Volksabstimmung, es ist aber dennoch nach den geltenden Regeln demokratisch legitimiert, laut Arno Scherzberg, Professor für Öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaften an der Universität Erfurt. Unter anderem, weil gewählte Ministerpräsident*innen und von den Landtagen beauftragte Gesandte es mit verfasst hätten. Außerdem hätten die deutschen Staatsbürger*innen mit ihrer Teilnahme an der ersten Bundestagswahl 1949 stillschweigend ihre Akzeptanz des neuen Regelwerks ausgedrückt.

Und der Name ist eben bloß ein Name. Als das Grundgesetz 1949 verabschiedet wurde, wollte man für die BRD erst mal nur eine vorübergehende Verfassung in Kraft setzen, die einer möglichen baldigen Vereinigung mit der DDR nicht im Wege stehen sollte und wählte deshalb diesen Namen. 1990 wurde aus der vorübergehenden dann aber eine dauerhafte Verfassung, doch der Name wurde nicht geändert.

Ist Deutschland ein Unternehmen?

Die Argumente für diese Behauptung sind haltlos. Sicherlich hat Deutschland eine Finanzagentur, doch diese organisiert zum Beispiel die Ausgabe von Bundesanleihen

und hat keine unternehmerischen Aufgaben. Ein Unternehmen ist übrigens nicht in der Lage, Gesetze erlassen.

Das Wort „Personal“ in unserem Personalausweis leitet sich von dem lateinischen Wort für „persönlich“ ab, bedeutet also „auf die Person bezogen“ und hat nichts mit dem Personal in einem Unternehmen zu tun.

Man sieht also, dass einiges leicht zu widerlegen, aber anderes auch recht umstritten ist. Zum Beispiel Wolfgang Schäuble gibt in einer Rede auf dem European Banking Congress am 18.11.2011 an, Deutschland sei seit 1945 zu keinem Zeitpunkt ein souveräner Staat gewesen. Vertreter*innen dieser Theorien müssen also nicht zwangsläufig rechtsextrem sein. Leider sind viele von ihnen es trotzdem.

Da die Reichsbürger davon ausgehen, dass die BRD nicht existiert, gehen sie noch einen Schritt weiter – sie sagen, Gesetze und Gerichte hätten kein Recht, genauso wenig wie die Steuer. Deshalb geraten sie häufig mit dem Gesetz, das es ihrer Ansicht nach ja nicht gibt, in Konflikt. Im August 2016 schleifte ein Reichsbürger in Baden-Württemberg einen Polizisten hinter seinem Auto her, weil dieser seine Papiere sehen wollte. Mit einem Schuss in den Autoreifen, der von einem weiteren Polizisten abgefeuert wurde, konnte die Fahrt gestoppt werden. Ein weiterer Fall: Als das Grundstück eines Reichsbürgers in Sachsen-Anhalt zwangsgeräumt werden sollte, fing dieser an, auf die Polizist*innen zu schießen. Weitere Reichsbürger warfen mit Steinen. Mehrere Polizist*innen erlitten Verletzungen. Im Oktober erschoss ein Anhänger der Bewegung in Bayern einen Polizisten. Das sind leider keine Einzeltaten. Kein Wunder, denn ihr erklärtes Ziel ist es laut dem brandenburgischen Verfassungsschutz, die BRD zu delegitimieren und Verwirrung zu stiften. Außerdem warnt der Verfassungsschutz vor dem starken Anstieg an Waffenbesitzen in der Szene. In Bremen ist es deshalb seit Dezember 2016 keinem Reichsbürger erlaubt, über einen Waffenschein zu verfügen. Bis zu 20 Reichsbürger soll es in Bremen geben. In Deutschland spricht man von mindestens 4500 Mitgliedern.

Doch nicht nur Gewalt kennzeichnet ihr Verhalten. Häufig zahlen sie keine Steuern oder sie haben Fantasiepapiere, wie einen Reichs-Personalausweis oder eine



✕ Erst wenige Woche bevor er ermordet wurde hatte Theodoros Boulgarides (41 Jahre) seinen Schlüsseldienst in der Trappentreustraße/München eröffnet. (Foto: a.i.d.a. Archiv)

Reichs-Fahrerlaubnis, die man in der selbst ernannten „Deutschen Reichsdruckerei“ kaufen kann. Da sie die Regierung nicht anerkennen, gründen sie eigene Monarchien oder Reichsregierungen, die zum Teil untereinander konkurrieren. Ein aktuelles Beispiel ist Peter Fitzek, das Oberhaupt des selbst gegründeten „Königreichs Deutschland“ mit circa 600 Anhänger*innen. Fitzek wurde bereits wegen zahlreicher Vergehen angeklagt und erst vor kurzem zu 3 Jahren und 8 Monaten Haft verurteilt wegen Verstoßes gegen das Kreditwesen und Untreue, da er in Wittenberg unerlaubte Bankgeschäfte betrieben hatte. Es müssen also nicht alle Reichsbürger of-

fen rechtsextrem sein und sicher ist nicht jede*r, der oder die an die Nicht-Souveränität der BRD glaubt, ein Reichsbürger, aber dennoch steht die Reichsbürgerbewegung häufig in Verbindung mit Gewalt und Rechtsextremismus, viele leugnen sogar den Holocaust. Auch in Bremen sind sie vertreten und das sollte man nicht aus den Augen verlieren.

TantePaul Kollektiv

01 *Wir haben uns entschieden den Begriff "Reichsbürger" nicht zu gendern, weil dies von den betreffenden Personen selbst auch nicht getan wird.*

Quellen:

<https://daserwachendervalkyrjar.wordpress.com/tag/un-feindstaatenklausel/>

<http://www.spiegel.de/panorama/jus-tiz/nach-georgensgmueund-die-mythen-der-reichsbuerger-a-1117578.html>

<http://www.tagesspiegel.de/politik/gewalttaten-bis-hin-zu-toetungsdelikten-regierung-warnt-vor-reichsbuergern-und-identitaerer-bewegung/14586390.html>

PEGIDA

What an incredibly great shit!

Eine Analyse des Positionspapiers Pegidas in Bezug auf den 'Islam'¹

Die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“, kurz Pegida stellen die zur Zeit größte sichtbare Bewegung in Deutschland dar, die ihre Abneigung gegenüber dem 'Islam' öffentlich kundtun. Mit ihren Ansichten und Aussagen rekurren sie auf vorhandene Stereotype, (re-)produzieren diese und manifestieren so das negative Fremdbild des 'Islam'. Wir wollen hiermit die von Pegida-Anhänger*innen geäußerten antimuslimischen Haltungen herausarbeiten und somit die menschenverachtende Sicht Pegidas aufzeigen.

Rassismus geschickt verpackt – Zum Aufbau des Positionspapiers:

Das Positionspapier von Pegida wurde erstmals am 30. Dezember 2014 auf deren facebook-Seite veröffentlicht. Die „Patriotischen Europäer gegen Islamisierung des Abendlandes“ weisen bereits in ihrem Namen auf den wesentlichen Kern ihrer Schmähkritik, nämlich die der von ihnen ausgemachten 'Islamisierung' des 'Abendlandes', hin. Mittels des Begriffes 'Islamisierung' wird ein Prozess postuliert, der auf die Vereinnahmung des 'Abendlandes' ab-

zielt. Damit einher geht die Wahrnehmung einer angeblichen Gefahr, gar eines Angriffes auf westeuropäische Gesellschaften und deren traditionellen, 'christlich' geprägten Werte. Es wird ein Gefühl der drohenden Überfremdung suggeriert. Sämtliche Aussagen des Positionspapier müssen in diesen Kontext gestellt und interpretiert werden.

Insgesamt besteht das Positionspapier aus 19 Punkten. Auffällig daran ist, dass die Punkte 01 bis 14 die Formulierung „Pegida ist FÜR...“ enthalten (vgl. Positionspapier

Pegida 2014). Dies signalisiert eine Konstruktivität, die vielen Protestbewegungen entgegen steht: Anstatt gesellschaftspolitische Ansichten abzulehnen und zu boykottieren, gibt Pegida zu verstehen, dass sie selbst Ideen einzubringen haben und so die Gesellschaft mitgestalten wollen. Das Pegida auch „GEGEN“ (ebd.) etwas ist, taucht vor allem im hinteren Drittel auf. Vor dem Hintergrund der vorausgehenden, zahlreichen, positiv formulierten Wendungen stehen diese Forderungen schließlich in einem günstigeren Licht. Gerade weil sie

”

Mit ihren Ansichten und Aussagen rekurren sie auf vorhandene Stereotype, (re-)produzieren diese und manifestieren so das negative Fremdbild des 'Islam'.

sich im letzten Drittel des Positionspapiers befinden, sind es jedoch diese Positionen, die am gewichtigsten ausfallen und am Ende präsent bleiben.

Die Forderungen und Ansichten Pegidas sind, welch Überraschung, thematisch eng gefasst. Alles in allem beschränken sie sich auf die Felder Integration und Zuwanderung sowie auf den vermeintlichen Schutz des 'Abendland'. Dabei werden sämtliche in Deutschland lebende und nach Deutschland kommende 'Migrant*innen' von Pegida mehr oder minder mit 'Muslim*innen' gleichgesetzt.

Die Welt ist schwarz-weiß und die Erde bleibt eine Scheibe!

Im ersten Teil des Positionspapiers gibt sich Pegida einen moralischen positiven, menschlichen Anstrich und beruft sich dabei auf die Grundpfeiler 'westlicher' und 'deutscher Kultur'. Dazu zählen sie Rechtsstaatlichkeit, Gerechtigkeit, Freiheit und Rationalität. Während Religion an sich, aber besonders in nicht-säkularisierten Gesellschaften, als irrational und unfrei angesehen wird, leben Menschen in 'westlichen' Gesellschaften angeblich offen, selbstbestimmt und gleichberechtigt. Dies impliziert nicht nur eine tatsächlich vorhandene Gleichberechtigung von 'Mann' und 'Frau', sondern auch sexuelle Selbstbestimmung und die Akzeptanz von Homosexualität. Für „sexuelle Selbstbestimmung“ (ebd.) spricht sich Pegida explizit aus und nimmt sogleich eine Abgrenzung zum angeblich homophoben 'Islam' vor. Eigene Grenzen zieht Pegida dagegen bei geschlechtersensiblen, vor allem fortschrittlichen Positionen, die das Prinzip der Zweigeschlechtlichkeit in Frage stellen und sich für eine faktische wie sprachliche Gleichberechtigung aller Geschlechter einsetzen (vgl. ebd.). Die in ihrer Tendenz progressiven, queere feministischen Anliegen stoßen bei Pegida auf rigide Ablehnung. Die Absicht, Menschen jeden Geschlechtes als normal anzusehen, bringt die vorherrschenden konservativen Verhältnisse ins Wanken, an dessen Fortbestehen Pegida verzweifelt festhält.

Explizit um Religion und somit um den 'Islam' geht es in den Punkten 10, 13, 16, 18 und 19 des Positionspapiers von Pegida. Der 'Islam' sei nach Pegida eine „politische Ideo-

logie“ (ebd.), eine Trennung von Religion und Staat also prinzipiell nicht vorhanden. Die Anhänger*innen Pegidas sind überzeugt, dass es sich bei dem 'Islam' zudem um eine „Weltanschauung handele, der eine gewisse Programmatik eingeschrieben sei“ (Geiges u.a. 2015: 125). Der 'Islam' erhebt den Anspruch auf Führerschaft und gehe entsprechend ganzheitlich, rigoros, hart und gnadenlos vor (vgl. ebd.: 124). Selbstverständlich im Gegensatz zum 'Christen-

deren Fortbestehen verstehen Pegida-Anhänger*innen unter Integration in erster Linie Assimilation und Anpassung (vgl. Geiges u.a. 2015: 120). Die Betonung der „Pflicht zur Integration“ (Positionspapier Pegida 2014) in Punkt 02 sowie das erneute Drängen auf eine „schnellere Integration“ (ebd.) in Punkt 06 zeugt von einer ausgeprägten Heterophobie gegenüber neuen kulturellen und religiösen Impulsen. Nur unter der Voraussetzung, dass 'muslimisch'

„Die Absicht, Menschen jeden Geschlechtes als normal anzusehen, bringt die vorherrschenden konservativen Verhältnisse ins Wanken, an dessen Fortbestehen Pegida verzweifelt festhält.“

tum', dessen federführende Rolle im Zuge der Kolonialisierung und der damit verbundenen Unterdrückung und Ausbeutung großer Teile der Weltbevölkerung gänzlich außer Acht gelassen wird, ebenso dessen Fortleben in unserer postkolonialen und -strukturellen Welt! Die Gewalt sei (ausgeschlossen) dem 'Islam' immanent.

Gegenüber des drohenden gewaltvollen Angriffs und der versuchten Vereinnahmung durch den 'Islam' müsse das 'Abendland' geschützt werden. Pegida bezieht sich in Punkt 13 dabei explizit auf den Schutz der „christlich-jüdisch geprägten Abendlandkultur“ (Positionspapier Pegida 2014) und bedient damit das Klischee des antisemitischen 'Islam'. Indem der 'Islam' als 'judenfeindlich' dargestellt wird, obliegt es der 'christlichen' und vor allem der historisch auferlegten Pflicht 'deutscher' Staatsbürger*innen, das 'Judentum' zu beschützen. Mittels der unterstellten Weltherrschaft, die der 'Islam' anstrebe, rekurriert Pegida jedoch selbst auf einen antisemitischen Topos.

Dass der 'Islam' nicht nach Deutschland gehöre, wird im Positionspapier von Pegida unter den Gesichtspunkten der Integration und der sogenannten Parallelgesellschaften deutlich. Das Konzept der Integration setzt – fern jeglicher Realität! – jedoch voraus, dass eine homogene, monokulturelle gesellschaftliche Einheit existiert (vgl. Hernández Aguilar 2014: 265). Ausgehend von einer homogenen Mehrheitsgesellschaft und dem Wunsch nach

Gläubige sich in die 'deutsche' Mehrheitsgesellschaft durch und durch „einpassen“ (ebd.), begegnen Pegida-Anhänger*innen ihnen mit Offenheit und Toleranz².

Im letzten Punkt setzt Pegida den 'Islam' schlicht mit Hass gleich (vgl. Positionspapier Pegida 2014). Sich von Hass und somit von tiefen Emotionen leiten zu lassen widerspräche der in der Aufklärung aufgekommenen Idee der Vernunft und des Rationalen, die das 'europäische' 'Abendland' als fortschrittlich und überlegen prägte. Die andere Seite der Aufklärung, nämlich die der Unterjochung der Welt aufgrund europäischer Überlegenheitsfantasien, wird, wen verwundert es, wieder einmal vergessen. In diesem letzten Punkt wird die (unterstellte) Rückständigkeit des 'Islam' betont und die Angst gegenüber der vermeintlichen, von 'muslimischen' Gläubigen ausgehenden Gefahr weiter geschürt. Es ist diese Aussage, die am Ende im Kopf des*der Leser*in haften bleiben soll.

Rassistisch, kulturalistisch, antisemitisch – Keine Überraschung!

Die Kritik am 'Islam' ist bei Pegida keine konkret differenzierte, die sich an den 'muslimischen' Glaubensinhalte sowie -praxen orientiert. Vielmehr setzt sich das 'Islam'bild aus Verallgemeinerungen, Stereotypen und Vorurteilen zusammen. 'Muslim*innen' werden dabei als monolithischer Block wahrgenommen, dem

sämtliche Personen aufgrund ihres phänotypischen Erscheinungsbilds willkürlich zugeordnet werden. Die Religionszugehörigkeit zum 'Islam' ist die einzige Kategorie, die für Pegida zählt. Weitere, den Menschen prägende Aspekte wie nationale oder ethnische Herkunft, ökonomische Verhältnisse, Bildungsstand u.v.m. sind nicht von Bedeutung.

Die Positionen Pegidas zum 'Islam' rekurrieren sich auf die in der öffentlichen Diskussion und von der medialen Öffentlichkeit weit verbreiteten Vorurteile und Diffamierungen des 'Islam'. Sämtliche sich im Pegida-Positionspapier befindende Erzählstrecken zu den Themen Integration, Zuwanderung und Asyl sind mit kulturalistisch-rassistischen antimuslimischen Ressentiments aufgeladen. Der 'Islam' wird als Antipoden der Moderne, kulturlos, grausam, gewalttätig, 'frauen'- und 'juden'feindlich, unzivilisiert, rückständig und dem Westen unterlegen dargestellt. Auch Pegida versteht den 'Islam' nicht nur

als eine häretische und intolerante Religion, sondern darüber hinaus als politische Ideologie, deren Ziel es sei, die Welt zu unterjochen.

Neu an dieser Bewegung ist, dass sie ihre Ablehnung des 'Islam' nicht auf subtiler, beiläufiger Art und Weise suggerieren. Vielmehr tritt Pegida offensiv auf, was sich nicht zuletzt in ihrem Namen widerspiegelt. Dass diese Offenheit von einer so großen Anzahl an Teilnehmer*innen und von solcher Kontinuität Zustimmung findet, ist das eigentlich überraschende, zugleich hochproblematische Moment. Besorgniserregend ist dabei, dass gerade antisemitische Stereotype, die auf 'Muslim*innen' transferiert werden, von vielen nicht als solche erkannt werden. (Antimuslimischer) Rassismus erhält durch Pegida so eine noch größere Sichtbarkeit.

TantePaul Kollektiv

"Pegida versteht den 'Islam' nicht nur als eine häretische und intolerante Religion, sondern darüber hinaus als politische Ideologie, deren Ziel es sei, die Welt zu unterjochen."

01 Auch wenn in diesem Text bzw. bei Pegida häufig von dem 'Islam' die Rede ist, möchte ich darauf hinweisen, dass die muslimische Religion viele, zum Teil sehr unterschiedliche Glaubensrichtungen umfasst.

02 In seinen Ursprüngen geht die Idee der Toleranz mit Macht einher (vgl. Hernández Aguilar 2014: 267): Toleranz wird zum Instrument derer, die Macht inne haben und folglich in der Lage sind, 'Andere' zu tolerieren. „In diesem Sinne produziert die Anwendung von Toleranz Unterschiede und eine Hierarchie zwischen den zu Unterscheidenden“ (ebd.). Sobald die homogene Entität den Punkt erreicht, an dem sie sich von den 'Anderen' bedroht fühlt, wird die Grenze der Toleranz erreicht. Mittels der Idee der Toleranz werden 'Muslim*innen' in Deutschland nicht nur nach wie vor als 'Andere' markiert, sondern erfahren zugleich eine stete Abwertung von Seiten einer weißen, 'christlich', 'männlich' und 'heteronormativ' geprägten Mehrheitsgesellschaft.

Literatur

Geiges u.a. (2015): Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?. Bielefeld, transcript Verlag.

Hernández Aguilar, Luis Manuel (2014): Rassifizierte Subjekte und die Sprache der Toleranz. Die Deutsche Islam Konferenz und die Institutionalisierung des Islam in Deutschland. In: Hentges, Gudrun u.a. (Hrsg): Sprache Macht Rassismus. Berlin, Metropolis Verlag, S. 265 – 285.

Positionspapier Pegida 2014. Online im Internet: <http://www.i-finger.de/pegida-positionspapier.pdf> [2016-01-28 13:50 Uhr].

**Ich hab den Polizisten gesagt:
"Ermittelt gegen Nazis!" - Sie meinten:
"Die würden Spuren hinterlassen."
Ein Türke hat ihn umgebracht."
Adile Şimşek**

NSU-MONOLOGLARI

**DIE NSU
MONOLOGE**

**08. Juni 2017 // 20 Uhr
Speicherbühne***

**09. Juni 2017 // 20 Uhr
kukoon***

*Mit Podiumsdiskussion im Anschluss

Konkurrierende Studien zu rechtsextremen Einstellungen

Zwischen 2006 und 2012 erschien die sogenannte Mitte-Studie zu rechtsextremen Einstellungen im Zweijahresrhythmus als Kooperation zwischen der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung und der Leipziger Universität. Nach 2014 kamen nun zum zweiten Mal zwei verschiedene Mitte-Studien heraus.

Die eine wurde am 21.11.2016 unter dem Titel „Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände“ im Verlag J.H.W. Dietz Nachf. publiziert. Sie fasst die Ergebnisse der Friedrich-Ebert-Stiftung zu rechtsextremen Einstellungen sowie des Instituts für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld zu menschenfeindlichen Einstellungen zusammen. In der Zusammenfassung der Studie heißt es, rechtsextreme und rechtspopulistische Einstellungen seien „stabil“, jedoch besonders „hoch“ verbreitet unter „Sympathisanten der AfD“. Weiterhin heißt es, es gäbe eine „Verlagerung in subtile Formen rechtsextremen und menschenfeindlichen Denkens hin zu neurechten Einstellungen“. In der Gesellschaft gäbe es einen „Anstieg von Polarisierung und Gewaltbereitschaft“. Im Hinblick auf die Flüchtlingssituation gäbe es Gelassenheit.

Die zweite Studie erschien unter dem Namen „Die enthemmte Mitte. Autoritäre und

rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger Mitte-Studie 2016“. Sie wird finanziert durch die der Linkspartei nahestehende Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS), die grün orientierte Heinrich-Böll-Stiftung und die gewerkschaftsnahe Otto-Brenner-Stiftung. Die Studie sieht die Gesellschaft als „zunehmend polarisiert“, die „Bereitschaft zu Gewalt steigt“.

Die Studien werden immer wieder kritisiert, oftmals durch WissenschaftlerInnen, die einzelne Fragestellungen beanstanden – aber auch in der Öffentlichkeit. Im Juni 2016 titelte der Redakteur der FAZ, Jasper von Altenbockum: „Was ist Rechtsextremismus? Die enthemmten Wissenschaftler“ (17.06.2016). Die Autoren der Studie haben darauf mit einer Stellungnahme reagiert: „Der Vorwurf, einzelne oder alle Aussagen unserer Untersuchung ließen keinen Rückschluss auf die Einstellung der Befragten zu, ist [...] vollständig unzutreffend. Ebenso trifft unsere Formulierung von der „ent-

hemmten Mitte“ zu. Es besteht seit Jahren ein antidemokratisches Potential, das 2016 nicht nur offen geäußert, sondern dem in bestimmten politischen Milieus auch gewaltbereit Geltung verschafft werden soll.“

TantePaul Kollektiv

Quellen:

Decker, Oliver/Brähler, Elmar: Die Leipziger „Mitte“-Studie 2016 – Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Eine Stellungnahme. home.uni-leipzig.de/decker/Leipziger%20%E2%80%9EMitte%22-Studie_Stellungnahme.pdf

<https://www.fes.de/de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=10999&token=d27af43a8d36326af8cf0964a25a57f3b95f8ba4>

http://www.zv.uni-leipzig.de/service/kommunikation/medienredaktion/nachrichten.html?ifab_modus=detail&ifab_id=6655



X In einem Lebensmittelgeschäft in der Probsteigasse in der Kölner Altstadt explodierte ein Sprengsatz in einer Keksdose beim Öffnen der Dose, dabei wurde eine 19-jährige schwer verletzt. (Foto: apabiz)

Selbstbestimmtes Studieren! OHNE Anwesenheitspflicht!

Wir Student*innen sind erwachsene Menschen und nicht mehr in der Schule...

Wer ein Studium an einer Universität beginnt, begibt sich auf eine endlose Reise auf der Suche nach Antworten. Doch am Ende eines jeden erfolgreichen Studiums stehen mehr Fragen als am Anfang. Das Ideal der Universität beinhaltet die kritische Reflexion gesellschaftlicher Verhältnisse. Das fachspezifische Studium einer*s jeden richtet sich dabei an erwachsene, selbstständige und mündige Menschen, die in der Lage sind und zugleich die Verantwortung tragen, ihren Wissenserwerb eigenverantwortlich zu gestalten.

Darüber hinaus begreifen wir ein Studium nicht nur als einen weiteren Schritt auf der Karriereleiter. Ein inhaltlich fundiertes und kritisches Studium bereichert bzw. erweitert unser Denken und Handeln und trägt wesentlich zur Entwicklung unserer eigenen Persönlichkeit (als Mensch mit Rückgrat) bei.

Wir wollen deshalb nicht, dass unser Studium durch die Automatismen standardisierter Verfahren reglementiert und eingeschränkt wird. Wir wollen grundsätzlich selbst entscheiden, wann wir welche Veranstaltung besuchen und die uns auferlegten Prüfungsleistungen ablegen.

Gerade die Verpflichtung zur Anwesenheit in Vorlesungen und Seminaren läuft unserem hier aufgezeigten Verständnis von Universität und Bildung diametral entgegen. Sie ist eine klare Absage an das Ideal eines mündigen Individuums. Wenn uns Student*innen aberkannt wird, selbst zu entscheiden, welche Veranstaltungen zu besuchen uns wichtig erscheint, beziehungsweise bei welchen wir uns einen Besuch getrost sparen können, dann wird uns eben diese vielbeschworene Mündigkeit abgesprochen. Besonders in Fachbereichen und Studiengängen, die aufgrund von Drittmitteln aus Industrie und Wirtschaft größeren ökonomischen Abhängigkeiten unterliegen, finden wir es zentral, eigenständig Inhalte bestimmen und gestalten zu können, die eine persönliche Horizonterweiterung ermöglichen anstatt einer bloßen (Re-)Produktion von Wissen für potentielle Arbeitgeber*innen.

Erst lernen wir laufen, sprechen und entscheiden, dann sollen wir stillsitzen, schweigen und unterschreiben.

Vor dem Hintergrund gegenwärtiger konkurrenzbasierter und leistungsorientierter Hochschulen, stellt Anwesenheitspflicht ein

Instrument dar, dass den Leistungsdruck auf uns Student*innen wesentlich verstärkt. Anstatt eines Lebens- und Lernortes, der individuelle Lebenssituationen aufgrund ungleicher gesellschaftlicher Voraussetzungen adäquat berücksichtigt, untermauert Anwesenheitspflicht gesellschaftliche Machtverhältnisse und daraus resultierende ungleiche Lebensrealitäten.

Zugleich intensiviert Anwesenheitspflicht die hierarchische Beziehung zwischen Student*innen und Lehrenden. Entgegen der Vorstellung, sich auf Augenhöhe zu begegnen, um voneinander wie miteinander zu lernen, demonstrieren entsprechende

Dozent*innen ihre Autorität über Menschen mit einem geringeren akademischen Abschluss ohne dabei zu reflektieren, das Wissen und Erfahrungen weder objektiv noch abhängig von akademischen Titeln sind.

Das oft verwendete Argument, dass Anwesenheitspflicht für eine entsprechende aktive Mitarbeit sorgt, erweist sich häufig als haltlos, da eine vorausgesetzte körperliche Anwesenheit nicht zwangsläufig zu einer motivierten und angeregten Gestaltung der gemeinsamen Sitzungen führt. Eher im Gegenteil – der Zwangscharakter der Anwesenheitspflicht führt zu

Demotivation und Unaufmerksamkeit der Teilnehmer*innen am Seminar. Darüber hinaus finden nur wenige den Mut, offen und ehrlich, Themen anzusprechen und sich z.B. gegen Anwesenheitspflicht zu wehren. Denn die*der Dozent*in, der*die den Zwang zur Anwesenheit durchsetzt, ist gleichzeitig auch die Person, die schließlich Prüfungsleistungen bewertet.

Diskussion oder Widerstand werden so effektiv unterdrückt.

Häufig wird mit der Pflicht zur Anwesenheit das negativ konnotierte (Vor-)Urteil über Student*innen als allgemein faul und

**"
Die Anwesenheitspflicht
ist eine klare Absage an
das Ideal eines mündigen
Individuums.**

für die Vermeidung jeglichen Aufwandes bedient. Gäbe es keine Anwesenheitspflicht, würden die Veranstaltungen nicht mehr besucht, so der Tenor dieser Argumentation. Allzu schnell wird dabei vergessen, dass wir uns unser Studium aus einem spezifischen Interesse des Wissenserwerbs beziehungsweise des Eintauchens in einen fachspezifischen Bereich heraus, selbst gewählt haben und somit der Wille zum Lernen prinzipiell vorhanden ist. Zudem haben die letzten Jahre in den universitären Veranstaltungen ohne Anwesenheitspflicht gezeigt, dass der Lehrbetrieb dennoch weiterläuft: Seminare und Vorlesungen werden trotz fehlender Anwesenheitspflicht von Student*innen besucht und aktiv mitgestaltet.

Die Universität wurde zu keinem menschenleeren Ort.

Lehrende sollten sich vielmehr Gedanken machen, wie sie ihre Veranstaltungen interessant und abwechslungsreich gestalten. Auch wenn der wissenschaftliche Mittelbau selbst prekär aufgestellt und wissenschaftliche Mitarbeiter*innen kaum Zeit zur Vorbereitung ihrer Seminare finden, muss eine Qualität der Lehre gewährleistet bleiben, die Student*innen in ihren Lebensalltag abholt und mitnimmt. Die Vermittlung von Neugierde zur Bildung, Weiterbildung und Wissenschaft sind zentrale Aspekte im universitären Lehrbetrieb, die nicht zuletzt Aufgeschlossenheit und Unvoreingenommenheit gegenüber Neuem implizieren. Ein interaktives, interessantes und auf Augenhöhe zwischen Dozent*in und Teilnehmenden basierendes Seminar ist eine Bereicherung für alle Beteiligten. Und es führt nicht zuletzt auch dazu, dass Student*innen in den Seminaren aktiv anwesend sind.

Lebenrealitäten und die vielen Gründe für Nicht-Anwesenheit

Studieren an der Universität Bremen ist im Großen und Ganzen als Vollzeitstudium mit entsprechender Anwesenheitspflicht konzipiert. Auf Grund der Vielfalt individueller Lebenslagen ist es nur wenigen möglich, dem zu entsprechen.

Ein wesentliches Problem für einen Großteil von uns Student*innen ist die generelle Absicherung unserer eignen Existenz. Zum einen ist die Möglichkeit BAföG zu beziehen nicht in ausreichendem Maße gegeben. Die Hürden, überhaupt BAföG zu erhalten sind unverändert hoch und die Reformen der letzten Jahre sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Zum anderen wird dieses oft nicht ausreichend lange gewährt und ist unverhältnismäßig an das erfolgreiche Sammeln von CPs gekoppelt. Zudem sind auch viele Student*innen mit vollen BAföG-Bezügen häufig auf weitere Jobs zur Sicherung ihrer Existenz und der ihrer Familie angewiesen.

Dies nimmt den Student*innen vor allem zeitliche Ressourcen zum Lernen und Studieren.

Ein weiterer wichtiger Grund für fehlende zeitliche Ressourcen für ein so konzipiertes Vollzeitstudium stellt die Betreuung von Kindern oder die Pflege von Angehörigen dar. Auch die eigene Einschränkung durch (chronische) Erkrankungen oder besondere Bedürfnisse hinsichtlich Mobilität und Alltagsgestaltung sind wichtige Gründe für Nichtanwesenheit in Lehrveranstaltungen.

Darüber hinaus gehört die Verfolgung individueller, nicht-studiumsbezogener Interessen und entsprechendes Engagement neben dem Studium genauso zu den legitimen Gründen, einer Lehrveranstaltung fern zu bleiben.

Generell müssen wir Student*innen in unseren Wünschen und Lebensrealitäten ernst genommen werden und die unterschiedlichsten Gründe für Nichtanwesenheit in Lehrveranstaltungen Akzeptanz finden.

Die immense Stofffülle, die in vielen Studiengängen auf der Tagesordnung steht, halten wir daher für problematisch. Dass durch dieses überladene Studium die Qualität der Lehre sinkt und die kritische Auseinandersetzung mit den Inhalten dahinschwindet, ist für uns plausibel. Dass der Stoff in der vorgesehenen Regelstudienzeit nicht zu schaffen ist, zeigen die gestiegenen Zahlen derjenigen, die länger als geplant studieren. Zudem benötigen immer mehr Studis psychologische Hilfe während dem Studium um mit der andauernden Drucksituation einen Umgang zu finden.¹

"Oft wird so der Eindruck vermittelt, wir sollten möglichst widerstandslos schlucken, was uns vorgesetzt wird und anschließend als schnell einsetzbares „Humankapital“ unseren Dienst an der Gesellschaft leisten, genauso wie die Universität im Sinne einer reinen Ausbildungsstätte ihren Dienst an uns geleistet hat. So stellen wir uns weder Studieren noch die Universität als Bildungsort vor.

Die Diversität der Lebensrealitäten von Studierenden sollte nicht nur endlich akzeptiert, sondern aktiv gefördert werden. Die Universität und der gesellschaftliche Rahmen in den sie eingebettet ist, sollte einen Raum bieten, der unterschiedliche Lerntypen und Lebensentwürfe unterstützt und der es vor allem ermöglicht, selbstbestimmt nach eigenen Interessen und eigener Zeiteinteilung zu studieren. Wir wollen eine didaktische Vielfalt, die indivi-

"*Tiefer gehendes Interesse an einem Sachverhalt, persönliche Entwicklung oder auch der Kinderwunsch sollten wieder mehr Platz einnehmen können. Eigene Zeiteinteilung und Schwerpunktsetzung sind wichtige Aspekte selbstbestimmten Studierens.*"

duelle Ressourcen ausschöpft und die realen Möglichkeiten Studierender berücksichtigt.

Die aktuelle Studienpraxis an der Universität und die andauernde Hochschulreform hingegen zielen auf leistungsorientierte Konformität. Ihr scheinheiliges Versprechen von individuellem Erfolg bei Androhung des eigenen Scheiterns soll alternative Studienverläufe undenkbar machen. Oft wird so der Eindruck vermittelt, wir sollten möglichst widerstandslos schlucken, was uns vorgesetzt wird und anschließend als schnell einsetzbares „Humankapital“ unseren Dienst an der Gesellschaft leisten, genauso wie die Universität im Sinne einer reinen Ausbildungsstätte ihren Dienst an uns geleistet hat. So stellen wir uns weder Studieren noch die Universität als Bildungsort vor.

Anwesenheit als eine Schiefelage von vielen

Wir wollen, dass tiefer gehendes Interesse an einem Sachverhalt, persönliche Entwicklung oder auch der Kinderwunsch während des Studiums wieder mehr Platz einnehmen können. Eigene Zeiteinteilung und Schwerpunktsetzung halten wir für wichtige Aspekte selbstbestimmten Studierens. Wir fordern deshalb die tatsächliche Abschaffung sämtlicher Anwesenheitspflichten und Prüfungsvorleistungen und plädieren für eine Verringerung der Prüfungslast.

Die bereits von der Landesregierung im Wissenschaftsplan 2020 formulierten Forderungen, in Studienprogrammen die stoffliche Überfrachtung sowie die Prüfungsdichte zu vermindern, kleinteilige Module zu reduzieren, einzelne Prüfungen über mehrere Module zu ermöglichen, verstärkt unbenotete Modulprüfungen anzubieten sowie die Möglichkeit von 8 Semestern Regelstudienzeit auszuschöpfen, müssen an der Bremer Universität endlich umgesetzt werden. Dass der gegenwärtige Konrektor für Studium und Lehre stattdessen von der Wiedereinführung einer sogenannten 'Intelligenten Anwesenheitspflicht' spricht ist vor diesem Hintergrund besonders absurd.

Doch die Pflicht zur Anwesenheit ist in unseren Augen nur eine Schiefelage von vielen an dieser Universität. Der endgültige Kampf um die Abschaffung dieser ist für uns deshalb nur der Anfang. Wir Student*innen brauchen in unserem Studium nicht noch mehr Druck und Situationen der studentischen Konkurrenz untereinander. Um diesen entgegenwirken zu können, bedarf es unter anderem eine gesicherte wie eine situationsbedingt elternunabhängige Studienfinanzierung, die unseren vielfältigen Lebensrealitäten ansatzweise gerecht wird. Darüber hinaus müssen

die nach wie vor existierenden (Langzeit-)Studiengebühren im Land Bremen wieder abgeschafft und unpraktikable Regelungen in der Allgemeinen Prüfungsordnungen, deren Ausführungen durch die Prüfungsämter zu Sanktionen bis hin zur Zwangsexmatrikulation führen, entsprechend zurückgenommen werden.

Für ein selbstbestimmtes Studium – Für freie Bildung für Alle! Lasst Euch nicht dressieren!

Eure Lisen

01 <https://www.studentenwerke.de/de/content/nachfrage-nach-psychologischer-beratung>



EntRüstung!

Die Hochschule Bremen kooperiert trotz ihrer Zivilklausel mit der Bundeswehr!

Ein Beitrag des AStA der HS Bremen

Unsere Hochschule ist neben der bereits bestehenden Kooperation im Studiengang „Luft- und Raumfahrttechnik B.Eng.“ eine weitere Zusammenarbeit mit der Bundeswehr im „Internationalen Frauen-Studiengang Informatik B.Sc.“ eingegangen. Die Bundeswehr versucht in letzter Zeit durch ihre Werbeaktionen gezielt mehr Akzeptanz in der Bevölkerung zu erlangen und ihre menschenverachtende und zerstörerische Arbeit zu verharmlosen. Diese Prozesse spiegeln sich nun auch im Handeln der Hochschule und der Stadt Bremen wieder:

Die Hochschule wird seit Jahren von der Stadt unterfinanziert, wodurch sich diese und andere staatliche Organisationen dann wiederum aufgrund einer finanziellen Notlage durch Kooperationen billige Ausbildungs- und Studienplätze bei der Hochschule erkaufen können. Nach diesem Verfahren erschleichen sich immer mehr staatliche Institutionen den Einzug und den damit einhergehenden Einfluss auf Lehre und Forschung. Diese Entwicklung gefährdet im hohen Maße die Autonomie der Hochschule, der Wissenschaft und somit auch unweigerlich die der Studierenden.

Diese Entwicklungen können wir als Interessensvertretung der Studierenden, insbesondere in Zeiten einer rechtsoffenen Politikwandlung und Diskussionen um die Legitimation des Einsatzes der Bundeswehr im Inland, nicht hinnehmen. Wir sind entsetzt über die Scheinheiligkeit, mit der die Hochschule und der Justizsenator die Vereinbarkeit der Zusammenarbeit mit der Bundeswehr mit der Zivilklausel proklamieren und auf Grundlage des Begriffs der „Friedensarmee“ legitimieren.

Bundeswehr-Einsätze bedeuten niemals humanitäre Hilfe, schaffen keine Freiheit und sind auch keine Friedenseinsätze – Krieg ist niemals eine nachhaltige politische Lösung. Krieg ist Terror!

Doch auch neben der grundlegenden Kritik an dem Einzug der Bundeswehr in die Lehre und Forschung bemängeln wir auch den Ablauf der Kooperationsverhandlungen.

Durch Intransparenz, schwammige Aussagen und der totalen Verweigerung seitens der Rektorin Frau Luckey und der Senatorin Frau Quante-Brandt gegenüber Kritik, wurde die Partizipation der Studierenden sowie der Lehrenden am Prozess gezielt verhindert. So wurde zum Beispiel auch die Veröffentlichungspflicht von Kooperationsverträgen und Protokollnotizen im Transparenzportal Bremen nicht eingehalten und die Anfrage nach der Veröffentlichung des Kooperationsvertrages gem.

„Bundeswehr-Einsätze bedeuten niemals humanitäre Hilfe, schaffen keine Freiheit und sind auch keine Friedenseinsätze – Krieg ist niemals eine nachhaltige politische Lösung. Krieg ist Terror!“

BremIFG von der HSB vollumfänglich abgewiesen. Ähnlich unverschämt war auch der folgende Umgang der Hochschule mit studentischen Protestaktionen gegen die

Kooperation mit der Bundeswehr, in welchem sie despotisch von ihrem „längeren Hebel“ Gebrauch machten:

In einem Gespräch mit der Rektorin Karin Luckey wurde dem AStA unter Androhung weiterer juristischer Schritte ein Verfügungsschreiben überreicht, in dem der AStA aufgefordert wurde, das Transparent mit der Aufschrift „WIR BILDEN ZUM TÖTEN AUS“ von der Fassade der AStA-Räume zu entfernen. Da das Verfügungsschreiben eine Frist bis 18 Uhr desselben Tages für das Befolgen der Anordnung vorgab, war es uns in den vier verbleibenden Stunden nach dem Ende des Gesprächs nicht möglich, einen juristischen Beistand hinzuzuziehen. Somit konnten wir die Handlungen und die Drohungen des Rektorats auch nicht auf ihre juristische Haltbarkeit hin zu überprüfen. Die Unsicherheit über unsere juristische Stellung veranlasste uns das Transparent vorerst von der Fassade zu entfernen.

In der Verfügung begründete das Rektorat sein repressives Vorgehen folgendermaßen:

- Die überspitzte, satirische Darstellung unseres Standpunktes sei für Menschen, die das Transparent sehen und sich mit der Thematik vorab nicht auseinander gesetzt haben, nicht als Satire verständlich.

- Das Transparent hänge an einer Wand der Hochschule und müsse somit vor der Befestigung an der Fassade der Hochschule von der Rektorin genehmigt werden.



- Die Anordnung der Wegnahmeverfügung rechtfertigt sich daraus, dass die Entfernung des Transparents im überwiegenden Interesse der Hochschule Bremen, sowie auch im öffentlichen Interesse liege.

- Das Transparent schädige das öffentliche Ansehen der Hochschule.

Dass Satire nicht für Menschen verständlich ist, die mit den Hintergründen nicht vertraut sind, liegt für uns in der Natur dieser Form der Meinungsäußerung. Daher finden wir es besonders anmaßend, dieses Argument im Speziellen gegen unsere Aktion zu verwenden. Das Hausrecht, welches besagt, dass alle Transparente, die an der Fassade der AStA-Räume hängen, vorab von der Rektorin genehmigt werden müssen, wurde niemals bei jeglichen unserer anderen Transparente an derselben Stelle des Gebäudes verlangt. Dass ausgerechnet in einem Fall von Kritik am Handeln des Rektorats von diesem Recht Gebrauch gemacht wird, macht unserer Meinung nach die Intoleranz und das Unterbinden gegenüber unbequemer studentischer Kritik besonders deutlich.

Dies wird des Weiteren dadurch deutlich, dass nicht einmal in diesem Zusammenhang gefordert wurde, die anderen aktuell hängenden Transparente genehmigen zu lassen. Auch die Behauptung, die Abnahme des Transparents wäre im „überwiegendem Interesse der Hochschule Bremen wie auch im öffentlichen Interesse“ finden wir zumindest beweisbedürftig. Wir haben sowohl von studentischer Seite als auch von einem breiten Spektrum öffentlicher Akteure in Bremen viel Rückendeckung erfahren und finden es höchst fragwürdig, auf welche Art und Weise die Rektorin, ohne einen ersichtlichen Beleg, eine solche Äußerung als Begründung für den Eingriff in unsere Öffentlichkeitsarbeit nutzen kann. Auch die Anschuldigung, wir als AStA würden das öffentliche Ansehen der Hochschule mit unserem Einsatz gefährden, können wir nicht nachvollziehen. In unseren Augen ist das strategische Umschiffen der selbstauferlegten Zivilklausel und das Unterbinden studentischer Proteste das eigentlich schädliche Verhalten für das öffentliche Ansehen der Hochschule. Sollte es nicht auch im Interesse der Rektorin liegen, die Partizipation, das Engagement

und das Wissen der Studierendenschaft über hochschulpolitische und gesellschaftliche Entwicklungen zu unterstützen und zu schätzen? Denn was wäre ein besseres Aushängeschild für eine Hochschule?

Wir finden diesen, nach Hochschulinteresse selektierenden und repressiven Umgang mit der Ausübung unserer Pflicht, „im Bewusstsein der Verantwortung vor der Gesellschaft, die politische Bildung der Studierenden zu fördern“ (§45 Abs. 2 Nr. 3 Bremisches Hochschulgesetz), sehr bedenklich! Wir können und wollen diese Repression nicht unbeantwortet lassen und werden unsere Kritik gegenüber Prozessen, die das Leben der Studierenden betreffen, nicht einstellen!

Um im Bundeswehr-Slang zu bleiben: „Mach, was wirklich zählt“ und wehr dich gegen die Normalisierung von Kriegszuständen!

Referat Politik und Gesellschaft
AStA Hochschule Bremen

„Mach, was wirklich zählt“ und wehr dich gegen die Normalisierung von Kriegszuständen!

Wissenschaft in der Verantwortung

Kooperationen in Forschung und Lehre¹

Kommentar von Ralf E. Streibl zu wissenschaftlicher Verantwortung und dem Ende seiner Zusammenarbeit mit der Hochschule Bremen auf Grund der Kooperation mit der Bundeswehr

Seit 16 Jahren gibt es an der Hochschule Bremen den „Internationalen Frauenstudiengang Informatik“ (IFI). Im vergangenen Jahr hat die Hochschule nun beschlossen, eine zusätzliche Variante dieses Studiengangs als Duales Studium einzurichten. Ein erster Kooperationspartner hierfür stand bereits vorher fest: Das Studienangebot wird zum Wintersemester 2016/17 mit dem „Bildungszentrum der Bundeswehr – Bundesakademie“ als Pilotpartner starten.

Die Frage, ob eine solche Kooperation sinnvoll und vertretbar und mit der Zivilklausel² der Hochschule Bremen vereinbar sei, gab der Rat der Fakultät Elektrotechnik und Informatik im März 2016 an den Akademischen Senat der Hochschule weiter. Dort wurde mehrheitlich die Einrichtung des dualen Studiengangs IFI beschlossen – nachdem ein auf den konkreten Kooperationspartner hinweisender Satz aus der Vorlage gestrichen wurde. Über die Einrichtung von Studiengängen, hieß es in diesem Zusammenhang, beschließe der Akademische Senat; die Auswahl von Kooperationspartnern sei Sache des Rektorats.

Vergangenen Mai unterzeichnete die Rektorin der Hochschule Bremen den Kooperationsvertrag mit dem Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr und dem Bildungszentrum der Bundeswehr³.

Persönliche Perspektive

Die Entscheidung der Hochschule, diese Kooperation einzugehen, betraf mich ganz direkt. Seit Gründung des IFI-Studiengangs im Wintersemester 2000/2001 war ich als Lehrbeauftragter regelmäßig in diesem Studiengang tätig, zuständig für das Fachgebiet „Informatik und Gesellschaft“. In einem offenen Brief an die Rektorin der Hochschule Bremen habe ich dargelegt, warum ich diese Aufgabe in Zukunft nicht mehr übernehmen werde. Einige Auszüge der Argumentation möchte ich an dieser Stelle kurz skizzieren – für Interessierte ist der gesamte Brief im Internet abrufbar⁴.

Friedensorientierung als Perspektive

Kriterium für Frieden ist die Fähigkeit, mit Konflikten umzugehen⁵. Erforderlich hierfür ist gleichermaßen eine Friedensstruktur wie auch eine Friedenskultur. Dem entgegen steht jedoch die bis heute in vielen Köpfen fest verwurzelte Überzeugung, Frieden sei nur durch Stärke erreichbar. Gerade in einer Zeit, in der militäri-

sche Reaktionen auf Konflikte und Bedrohungen als naheliegende oder gar einzig mögliche Handlungsoptionen angesehen werden, ist es wichtig, solche Überzeugungen zu hinterfragen und in einem offenen Diskurs jenseits rein militärisch geprägter Sichtweisen den Weg zu einer echten Friedensfähigkeit zu eröffnen. Dies ist eine große Herausforderung für Politik und Gesellschaft und eine zentrale Aufgabe für Bildung und Wissenschaft. Eine strukturelle Verknüpfung oder Kooperation von Bildungseinrichtungen mit militärischen oder rüstungsaffinen Einrichtungen, Organisationen oder Unternehmen erscheint mir grundsätzlich problematisch und mit dem Ziel einer Friedensorientierung nicht vereinbar.

Verantwortung von Wissenschaftler*innen

Wenn Wissenschaftler*innen die fachlichen Grenzen ihrer Disziplin verlassen und öffentlich über die Folgen und möglichen Grenzen ihres Tuns nachdenken, wird ihnen oftmals die Zuständigkeit

„*Eine strukturelle Verknüpfung oder Kooperation von Bildungseinrichtungen mit militärischen oder rüstungsaffinen Einrichtungen, Organisationen oder Unternehmen erscheint mir grundsätzlich problematisch und mit dem Ziel einer Friedensorientierung nicht vereinbar.*“

für die damit einhergehenden gesellschaftlichen oder politischen Fragen abgesprochen. Diese Erfahrung machten bereits die Mitbegründer der vor dem Eindruck der Atombombenabwürfe und des nuklearen Wettrüstens zwischen den USA und der Sowjet-

union entstandenen Pugwash-Konferenzen. Auch die 18 Atomwissenschaftler, die 1957 die „Göttinger Erklärung“ verfassten, erlebten entsprechende Reaktionen und äußerten in ihrer Erklärung die Erwartung, dass man ihnen die Berechtigung abstreiten werde, politische Konsequenzen aus ihren Erkenntnissen zu ziehen. Doch – so verdeutlichten sie in ihrer Erklärung – ihre wissenschaftliche Tätigkeit und insbesondere auch die Tatsache, dass sie viele junge Menschen dem Gebiet zuführen würden, belade sie mit der Verantwortung für die Folgen, weswegen sie nicht zu allen politischen Fragen schweigen könnten⁶.

Dass die Freiheit von Wissenschaft Grenzen hat und haben sollte, ist inzwischen weit in das gesellschaftliche Bewusstsein vorgedrungen. Die grundgesetzlich garantierte Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre stößt regelmäßig an Grenzen, wo andere Menschen- oder Verfassungsrechte berührt sind oder wo beispielsweise durch internationale Verträge oder nationale Regelungen Forschungsziele ausgeschlossen oder Methoden reglementiert sind. Doch die Beachtung rechtlicher Normen und Regelungen allein genügt nicht, um verantwortliches Handeln in der Wissenschaft sicherzustellen. So stellen beispielsweise die 2010 von der Max-Planck-Gesellschaft beschlossenen Hinweise und Regeln zum verantwortlichen Umgang mit Forschungsfreiheit und Forschungsrisiken⁷ explizit heraus, dass Wissenschaftler*innen Risiken für Mensch und Umwelt vor dem Hintergrund ihrer Fachkompetenz erkennen und abschätzen sollen, um dann persönliche Entscheidungen über die Grenzen ihrer Arbeit zu treffen. Dies kann z.B. bedeuten, dass Vorhaben modifiziert oder gar nicht durchgeführt werden. Neben Fragen der Risikoabschätzung, z.B. Wahrscheinlichkeit eines Schadens, Ausmaß eines eventuellen Schadens, Beherrschbarkeit von Ergebnissen, benennt die Max-Planck-Gesellschaft als Kriterien, die für solch eine Entscheidung erheblich sein können, auch strukturelle Aspekte, nämlich wer Kooperationspartner*in, Auftraggeber*in, Nutzer*in oder Finanzier der Forschung ist.

Ambivalenzen und Verantwortung

In der Informatik haben Debatten um Militär-Bezüge und Dual-Use eine lange Geschichte, die sich in die Gegenwart fortsetzt. Neben klassischen Forschungsaufträgen und -kooperationen wird für militärische Zwecke beispielsweise auch über Wettbewerb-Szenarien wissenschaftliches Know-how abgeschöpft, Imagepflege betrieben und Personal rekrutiert⁸. Grundsätzlich sind Ambivalenzen im Bereich wissenschaftlicher Forschung und technischer Entwicklung nicht vermeidbar. Gerade deswegen ist eine kritisch-reflektierende inhaltliche Befassung mit diesen Fragen so wichtig – grundsätzlich und darüber hinaus in jedem konkreten Einzelfall.

Verantwortung in der Wissenschaft betrifft dabei nicht nur die Forschung. Auch Studium und Lehre sind hier in den Blick zu nehmen. Dabei geht es sowohl um eine (selbst)kritische Reflexion der Inhalte als auch um eine aufmerksame Betrachtung der Rahmenbedingungen. Insofern ist für die Einschätzung des neuen Kooperationsstudiengangs der Hochschule Bremen, der Teil der aktu-

ellen Ausbildungsinitiative der Bundeswehr ist, auch wichtig, den weiteren Kontext in den Blick zu nehmen:

Die Bundeswehr – so zeigen es die aktuellen Planungen – soll in nächster Zeit wachsen. Ein besonderes Augenmerk kommt dabei dem Ausbau und der Bündelung von Cyber- und IT-Aktivitäten zu. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen stellte jüngst entsprechende Pläne der Öffentlichkeit vor. Bis Ende 2016 soll in ihrem Ministerium eine neue Abteilung Cyber/IT eingerichtet werden

„*Die Beachtung rechtlicher Normen und Regelungen allein genügt nicht, um verantwortliches Handeln in der Wissenschaft sicherzustellen.*“

und 2017 soll ein zusätzlicher militärischer Organisationsbereich Cyber- und Informationsraum (CIR) aufgestellt werden⁹. Gleichzeitig wurden Kampagnen gestartet, mit denen auf dem Arbeitsmarkt stark nachgefragte IT-Spezialist*innen für die Streitkräfte gewonnen werden sollen. Ein Beispiel dafür ist das im März 2016 gestartete Projekt „Digitale Kräfte“ mit dem Slogan „Entwickle mit uns die Bundeswehr der Zukunft“¹⁰. Auf dieser Website wird auch der Kooperationsstudiengang mit der Hochschule Bremen beworben. Der entsprechende Verweis auf die Hochschule Bremen und den konkreten Studiengang war dort übrigens schon lange, bevor die Hochschule Bremen die Kooperation offiziell beschlossen hatte, eingetragen.

Individuelle Entscheidung

Wissenschaftler*innen sind dem Rahmen und Kontext, in dem sie tätig werden, nicht passiv-hilflos ausgesetzt. Sobald sie sich als in Forschung und Entwicklung sowie in Lehre und Studium aktiv Handelnde begreifen, sind sie gefordert, sich proaktiv mit unterschiedlichen Perspektiven, ethischen Fragen, Ambivalenzen des Faches sowie der eigenen Verantwortung auseinanderzusetzen. Sie müssen dann letztendlich für sich individuelle Entscheidungen treffen¹¹.

Ich habe mich in Reaktion auf den Beschluss der Hochschule Bremen, den besagten Kooperationsstudiengang mit der Bundeswehr einzurichten, entschieden, meine langjährige Mitwirkung in diesem Studiengang zu beenden. Auf die künftige Zusammenarbeit der Hochschule Bremen mit der Bundeswehr wird meine Entscheidung keine Auswirkungen haben. Für mich selbst und vor dem Hintergrund meines Verständnisses von Wissenschaft und Hochschullehre ist es jedoch ein notwendiger und folgerichtiger Schritt, jetzt „Nein“ zu sagen. Die Leitung der Hochschule Bremen betont unermüdlich, dass die Bundeswehr keinen Einfluss auf Inhalte des Studiums nehmen könne. Dies mag formal auch so sein. Durch die strukturelle und finanzielle Verbindung zwischen Hochschule und Bundeswehr verändert sich aber der Gesamtkontext. Ich bin nicht dazu bereit, als Person und mit meiner Lehrveranstaltung Teil solch einer Konstruktion zu sein.

Ralf E. Streibl

Ralf E. Streibl, Diplom-Psychologe, seit 1993 an der Universität Bremen tätig (FB 3 und Personalrat); Mitglied im Stadtverbandsvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Bremen, Mitglied im Forum Informatiker*innen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FIFF) sowie im Forum Friedenspsychologie (FFP). Von 2000 bis 2016 zusätzlich als Lehrbeauftragter im Studiengang IFI an der Hochschule Bremen tätig.
Kontakt: res@informatik.uni-bremen.de

- 01 Der vorliegende Text ist eine geringfügig ergänzte Fassung eines Beitrages, der im September 2016 in „Die Demokratische Schule (DDS)“, Mitgliederzeitschrift der GEW Bayern, S. 13-14, veröffentlicht wurde.
- 02 HSB (2012): Zivilklausel der Hochschule Bremen. Beschluss des Akademischen Senats vom 12. Juni 2012. <http://www.hs-bremen.de/internet/de/hsb/zivilklausel/print/index.html>
- 03 Vgl. Bericht des Bundeswehr-Journals, 8. Mai 2016: <http://www.bundeswehr-journal.de/2016/verwaltungsdienst-kooperation-mit-fuenf-hochschulen/>

- 04 Offener Brief an die Rektorin der Hochschule Bremen, Ralf E. Streibl, 18. Mai 2016: <http://www.kramschubla.de/hsb>
- 05 Vgl. Galtung, J. (1998): Frieden mit friedlichen Mitteln. Friede und Konflikt, Entwicklung und Kultur. Opladen: Leske + Budrich.
- 06 Vgl. Albrecht, S.; Bieber, H.-J.; Braun, R.; Croll, P.; Ehringhaus, H.; Finckh, M.; Graß, H.; von Weizsäcker, E.U. (Hrsg.) (2009): Wissenschaft – Verantwortung – Frieden: 50 Jahre VDW. Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag.
- 07 MPG (2010): Hinweise und Regeln der Max-Planck-Gesellschaft zum verantwortlichen Umgang mit Forschungsfreiheit und Forschungsrisiken. <http://www.mpg.de/199426/forschungsfreiheitRisiken.pdf>
- 08 Streibl, R.E. (2012): It's a Challenge: Militärische Roboterwettbewerbe. In: FIFF Kommunikation, 29 (1), S.21-25. <http://tinyurl.com/fk12-1-res>
- 09 BMVg (2016): Die Bundesministerin - Tagesbefehl 26.04.2016 (CIR). <http://tinyurl.com/hns9dvq>
- 10 BMVg (2016): Projekt Digitale Kräfte (Website).
- 11 <http://www.bundeswehrkarriere.de/it>
- 12 vgl. Liebert, W. (2005): Dual-use revisited. Die Ambivalenz von Forschung und Technik. In: Wissenschaft und Frieden, 23 (1), S.26-29

Schluss mit Exzellenzwahn und »Elitenförderung«!

Gute Studien-, Lehr- und Forschungsbedingungen an allen Hochschulen!

Resolution der MV des BdWi zur Fortsetzung der Exzellenzinitiative, 24.04.2016

In ihrem jüngsten Beschluss (22.4.16) hat die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern (GWK) die Weichen für die Verlängerung der Exzellenzinitiative auf unbestimmte Dauer gestellt. Damit hat sie sich sowohl über die nie verstummte heftige Kritik aus den Hochschulen als auch über die negativen Erfahrungen mit diesem seit 2006 laufenden Sonderprogramm hinweg gesetzt. Das ursprüngliche Versprechen, mit »Exzellenzförderung« an wenigen Standorten würde die Qualität des Hochschulsystems insgesamt gesteigert, ist nie eingelöst worden. Tatsächlich ist das Gegenteil eingetreten: die Arbeitsbedingungen in allen Leistungsbereichen der gesetzlichen Hochschulaufgaben (Forschung, Studium, Lehre) diesseits der Exzellenz haben sich verschlechtert. Schließlich haben auch die KritikerInnen recht behalten, die immer wieder gewarnt haben, dass es im Kern bei der Exzellenzinitiative nicht um Forschungsförderung ginge, sondern um die politische Konstruktion eines Zwei-Klassen-Universitätssystem über den Hebel selektiver finanzieller Konzentration. Kehrseite dieses Vorgangs ist die Akzeptanz der strukturellen Unterfinanzierung in der Breite des Systems. Genau dies wird durch den aktuellen GWK-Beschluss, die Finanzierung künftiger Exzellenzeinrichtungen grundsätzlich unbefristet laufen zu lassen – und damit nicht einmal mehr den äußeren Anschein eines (befristeten) Wettbewerbs aufrecht zu erhalten – bekräftigt.

Vor diesem Hintergrund hat die 47. Mitgliederversammlung des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) am 24. April in Hannover in einer EntschlieÙung die bisherigen negativen Erfahrungen mit dem Programm zusammengefasst, dessen Auslaufen gefordert und alternative Wege der Hochschulfinanzierung skizziert:

Den vollständigen Wortlaut der EntschlieÙung entnehmt bitte dem folgenden Link:
<http://www.bdwi.de/show/9096987.html>

Eine umfangreiche Textsammlung zur Exzellenzkritik findet sich hier:
<https://exzellenzkritik.wordpress.com/eine-seite/>

1500€ Gebühren pro Semester

Baden-Württemberg will rassistische Studiengebühren einführen

Interview mit Sarah Graf vom AStA der Uni Hohenheim

Die aktuelle Regierung in Baden-Württemberg (Schwarz-Grün) hat entschieden, Studiengebühren für alle Studierenden aus Nicht-EU-Staaten einzuführen. Der Plan sieht vor, diese auf 1500€ pro Semester festzusetzen, von diesem Geld sollen 300€ an die Universität gehen, um "die Qualität des Studiums zu verbessern". Studierende eines Zweitstudium sollen mit 650€ pro Semester zur Kasse gebeten werden. Ebenso soll für alle die Verwaltungsgebühr um 10€ erhöht werden. Das Ganze ist geplant, um das Haushaltsdefizit von ca. 48 Millionen Euro jährlich aufzubessern.

Hallo Sarah! Vielen Dank, dass du dir die Zeit für ein Interview nimmst. In Baden-Württemberg formiert sich der Widerstand gegen Studiengebühren. Von der Hörsaalbesetzung in Freiburg haben wir sogar hier in Bremen mitbekommen. Was steht auf dem Spiel?

Durch Studiengebühren werden sozial Schwache vom Studium ausgeschlossen. Wir befürchten, dass unsere Studierendenschaft an sozialer und kultureller Vielfalt verliert. Das wäre schade, denn internationale Studierende bereichern unsere Unis: Sie bringen neue Perspektiven, haben interessante Forschungsideen, engagieren sich ehrenamtlich, machen Sprachtandems, sind Freund*innen.

Es sind ja sehr viele Akteure im Widerstand aktiv. Wo und seit wann kämpfst du gegen die Studiengebühren?

Als die Ministerin die Pläne bekannt gegeben hat, wurde ich morgens durch einen Anruf unseres Campus-Reporters geweckt, der

Die Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer*innen werden von manchen als "rassistisch" beschrieben. Wie positioniert ihr euch dazu?

Ob die Gebühren nun rassistisch, nationalistisch oder ausländer*innenfeindlich sind ist meiner Meinung nach eine Scheindiskussion, die die Ministerin auch noch nutzt, sich dafür bemitleiden zu lassen rassistisch genannt worden zu sein. Dabei bedient der Entwurf klar fremdenfeindliche Stimmungen.

Außerdem sollen Gebühren für Zweitstudierende eingeführt werden. Wie steht ihr dazu?

Gebühren für Zweitstudierende sind reine Symbolpolitik. Die gewonnenen Einnahmen für den Landeshaushalt sind marginal – die Probleme für die Betroffenen aber massiv! Außerdem wird Bildung durch die Gebühren zur Investition. Das geht zu Lasten von geisteswissenschaftlichen Fächern: Diese zahlen sich, monetär betrachtet, später weniger aus – sind aber natürlich wertvoll für die Gesellschaft.

"
Wir befürchten, dass unsere Studierendenschaft an sozialer und kultureller Vielfalt verliert.

um ein Statement bat. Ich war sofort hellwach. Gemeinsam mit anderen AStA-Mitgliedern und internationalen Studierenden hatten wir am selben Tag eine Not-Sitzung. Am Abend verfassten wir einen offenen Brief an die Ministerin, der mit der Unterstützung weiterer Studierendenschaften in der folgenden Woche veröffentlicht wurde.

Aktuell spreche ich im Namen der Landes-Asten-Konferenz gegen Studiengebühren: Ich schreibe z.B. Pressemitteilungen und poste auf unserer Facebook-Seite. Letzte Woche habe ich bei der Landtagsanhörung gesprochen. Aktuell organisieren wir zudem eine Demo.

Ihr kämpft ja außerdem gegen die Erhöhung der Verwaltungsgebühren. Konservative Kritiker würden anmerken, dass so viel Widerstand gegen 10€ im Semester übertrieben ist. Was denkst du dazu? 1,60€ im Monat, das sind gerade mal zwei Kaffee!

Wir sind grundsätzlich gegen den „Verwaltungskostenbeitrag“. Denn er dient nicht der Studienverwaltung, sondern fließt

direkt in den Landeshaushalt. Haushaltskonsolidierung auf Kosten der Studierenden lehnen wir ab. Außerdem ist der Beitrag in den letzten Jahren stark gestiegen. Er kostet nun 70€ pro Semester, weit mehr als unser Beitrag zum Studierendenwerk!

Es besteht die Befürchtung, dass die erfolgreiche Einführung der Studiengebühren in BaWü dazu führen könnte, dass auch in anderen Bundesländern verzweifelte Finanz- und Bildungsminister*innen zu diesem Mittel greifen könnten. Wie sind die Reaktionen von Studis außerhalb Baden-Württembergs? Erfahrt ihr viel Solidarität?

Das Thema ist außerhalb und innerhalb Baden-Württembergs noch viel zu wenig bekannt. Internationale Studierende haben einfach eine viel zu schlechte Lobby und sind durch Sprachbarrieren zusätzlich vom politischen Diskurs ausgeschlossen. Daher sind auch viele Falschwahrnehmungen über internationale Studierende im Raum, die einfach nicht stimmen.

Welche?

Zum Beispiel, dass internationale Studierende durchweg wohlhabenden Eliten angehören und sich die Gebühren locker leisten könnten, dabei haben die Studierenden ein Budget von 750€ pro Monat – im Durchschnitt; viele haben weniger. Abzüglich Studiengebühren bleiben 500€. In Stuttgart kann man davon nicht leben!

Was erhofft ihr euch von der Petition, die ihr gestartet habt? Hilft es, wenn auch Studis aus Bremen dazu beitragen, dass ihr 25.000 Unterschriften bekommt?

Die Petition kommt von Adrian Nelius. Adrian ist berufstätig, aber mit einer Studentin aus Vietnam verheiratet. Seine Frau fällt dadurch auch künftig nicht unter die Gebührenregelung. Mit der Petition will er auf die Situation von armen Menschen im Ausland aufmerksam machen. Vielen ist nicht bewusst, dass mindestens die Hälfte der Betroffenen aus Entwicklungsländern kommen. Auch Bremer Studis sollten unbedingt unterschreiben: Jede Unterschrift hilft den öffentlichen Druck zu erhöhen.

"*Vielen ist nicht bewusst, dass mindestens die Hälfte der Betroffenen aus Entwicklungsländern kommen.*

Was sind in nächster Zeit die Meilensteine des Protests? Besteht Hoffnung, die Gesetzesänderung noch abzuwenden?

Für den 29.04.2017 sind landesweit Protestaktionen geplant. In mehreren Städten sollen Demonstrationen und Kundgebungen stattfinden. Die Koalition scheint sich in dem Vorhaben einig zu sein und hat eine satte Mehrheit. Dennoch ist es wichtig zu zeigen, dass wir nicht einverstanden sind – und dass internationale Studierende selbstverständlich zur Studierendenschaft dazugehören.

Wie können wir den Kampf gegen Studiengebühren von außerhalb unterstützen? Zum Beispiel aus Bremen?

Wir freuen uns über Soli-Aktionen und Unterstützungsschreiben. Außerdem könnt ihr die Petition unterschreiben – oder auch mal eine Mail an unsere Landtagsabgeordnete schicken. Persönliche Post hinterlässt immer einen Eindruck – auch wenn jemand gar nicht aus BaWü kommt.

Vielen Dank Sarah! Wir wünschen dir und deinen Mitstreiter*innen viel Erfolg bei der Verhinderung der geplanten Einführung der Gebühren!

TantePaul Kollektiv

Liebe Leser*innen: Wenn euch Studiengebühren auch ankaufen, könnt ihr über diesen Link an der Petition teilnehmen: <http://bit.ly/2fiEm60>

FREIE BILDUNG FÜR ALLE!

Die LaRage, die linksradikale Szene-Zeitung Bremens gibt es nicht mehr.
Ein Teil des Zeitungs-Kollektivs wagt hier einen "offiziellen" Abschluss.

Die Wut bleibt!

Es mag nicht mehr sonderlich überraschen, aber wir wollen noch einen „offiziellen“ Schlusstrich ziehen: Die LaRage gibt es nicht mehr.

Sie entstand Anfang 2010 und fast drei Jahre, nachdem mit dem Kassiber Bremens vorherige Szene-Zeitung eingeschlafen war. Als Redaktionskollektiv wollten wir die neue Zeitung gar nicht inhaltlich gestalten, sondern sie von euren Themen und Anliegen füllen lassen. Austausch ermöglichen, nicht eigene Lieblingsschwerpunkte setzen war unser Ziel. Auch, weil die LaRage für uns alle nur ein Nebenprojekt war. Reine Zeitungsaktivist*innen wollten wir nicht werden.

Manchmal haben wir unseren Anspruch erfüllt gesehen, häufig auch nicht. Wer alle

Ausgaben durchblättert wird feststellen, dass doch einiges abgebildet wurde, was die radikale Linke in Bremen und darüber hinaus beschäftigte. Aber es wird auch deutlich, dass einiges, gerade an größeren Themen oder Mobilisierungen gar nicht vorkam.

Die LaRage aufzugeben hat lange gedauert. Wir tun es nicht, weil wir bewiesen sehen, dass das Internet Zeitungen überflüssig gemacht hat. Ganz im Gegenteil. Wir bleiben überzeugt, dass es viele Dinge gibt, die sich jenseits des Netzes besser kommunizieren lassen. Manchmal, denken wir, hat die LaRage mit ihren Beiträgen auch ein Bedürfnis dazu deutlich gemacht.

Wir geben die LaRage in erster Linie auf, weil wir ihrer Idee als Kollektiv letztlich nicht gerecht werden konnten. Erschwert durch das Bemühen um eine klandestine Produktion mangelte es uns fortwährend an Kapazitäten, Verbindlichkeiten und eingespielten Arbeitsabläufen. Das hat uns viel zu häufig die Laune verdorben und das Ergebnis in Inhalt, Form und Erscheinungsintervall unattraktiv gemacht. Wir haben mehrfach versucht, daran etwas zu ändern. Doch das war gerade im Nachhinein immer zu zaghaft und/oder kontrovers.

Wir müssen aber auch feststellen, dass sich der Anspruch in Bremen ein Sprachrohr für linksradikale Zusammenhänge, Gruppen und Einzelpersonen zu sein,

"Wir brauchen sie, diese eigenen, von uns kontrollierten und frei gestaltbaren Orte und Wege der Kommunikation."

leider nie erfüllt hat. Zwar erreichten uns immer wieder Texte und Ankündigungen, wirkliche Debatten entstanden daraus allerdings nicht. Die Relevanz der Zeitung ist nach unserer Einschätzung stets gering geblieben. Jetzt finden wir alle, es bringt für uns und die LaRage nichts mehr.

Aber unsere Wut bleibt. Wir machen dort weiter, wo wir neben der Zeitung nie aufgehört haben, linksradikale Politik zu machen. Wir hoffen auch, dass möglichst bald irgendwoher eine neue Zeitung in und für Bremen erscheint. Denn wir brauchen sie, diese eigenen, von uns kontrollierten und frei gestaltbaren Orte und Wege der Kommunikation. Dennoch, für die LaRage ist der Vorhang hiermit gefallen. Lebt und lest widerständig!

Ein Teil des LaRage-Kollektivs



G20 - Welcome to Hell

Aufruf zum BLOCKIEREN – SABOTIEREN – DEMONTIEREN

Der nächste Gipfel der zwanzig wirtschaftlich und politisch mächtigsten Staaten der Welt soll am 7. und 8. Juli 2017 in Hamburg stattfinden. Austragungsort sind die Messehallen in der Hamburger Innenstadt im Wohngebiet von St. Pauli. Die Herrschenden dieser Welt werden dabei begleitet von tausenden Delegationsmitgliedern und Journalist*innen, beschützt durch eine Armee aus Polizei, Geheimdiensten und Militär. Durch die Einbindung von internationalen Verbänden und NGO's wird der Anspruch formuliert, weitreichende Entscheidungen zu treffen.

Nach außen hin geben sich die deutschen Veranstalter*innen einen sozialen Anstrich, die Leitthemen sollen Frauen, Flucht und Gesundheit sein. Dies sind populistische Nebelkerzen, denn grundsätzlich geht es beim G20 um die Aufteilung der geopolitischen Interessenssphären und Machtansprüche und um die Koordinierung der weltweiten Ausbeutung. Der G20-Gipfel ist dabei kein Treffen, welches einen Großteil der Menschheit repräsentiert, sondern ein Treffen bürgerlicher Regierungen, autoritärer Regimen, Folterstaaten und kriegführender Militärblocke, die alle die globale Ausbeutung vorantreiben.

Deutsche Interessen und das "Tor zur Welt"

Der Gastgeber Deutschland ist neben China einer der großen Gewinner der Globalisierung der letzten 25 Jahre. Der G20-Gipfel im Juli 2017 müsste also heißen: "Zu Gast bei Siegern". Hamburg und sein Hafen als vermeintliches „Tor zur Welt“ lassen dabei die Blutspuren der internationalen Ausbeutung von ihren Mauern abtropfen. Dieser Gipfel dient der Aufrechterhaltung einer Weltordnung, die für diverse kriegszerstörerische Konflikte, weit verbreitete Armut und über 60 Millionen Menschen auf der Flucht verantwortlich ist, und auch dafür, dass zunehmend mehr Menschen auf ihrer Flucht sterben.

Das globale kapitalistische Regime schlägt seit der Finanzkrise von 2008 eine neue Richtung ein: Die Globalisierung, d.h. der Warenaustausch, die Vernetzung der Produktionsbeziehungen und der Umfang der grenzüberschreitenden Investitionen der multinationalen Konzerne erlahmen. Der Abschluss internationaler Freihandelsverträge in Ostasien und zwischen Europa und den USA stockt. Die Vereinbarung weltweiter Handelsabkommen im Rahmen der WTO wurde schon davor aufgegeben. Dies geht einher mit im weltweiten Maßstab hal-

bierten Wachstumsraten. Vor der Finanzkrise hat die Mehrheit der kapitalistischen Kernländer, wenn auch ungleich verteilt, von dem allgemeinen Wachstumsschub der Globalisierung profitiert. Seit der Finanzkrise sind insbesondere die rohstoffexportierenden Schwellenländer (u.a. Brasilien, Russland, Südafrika), aber auch die Länder der

Solcherart Handelskriege nehmen zu. Die Einigkeit unter den kapitalistischen Kernstaaten wird brüchiger, der Ausgleich unter den G20-Ländern deutlich geringer.

In den weltweiten Armutsregionen des Trikonts stehen ökonomische Mittel der Verteidigung erst gar nicht zur Verfügung. Die massenhafte Verarmung und soziale

"
Grundsätzlich geht es beim G20 um die Aufteilung der geopolitischen Interessenssphären und Machtansprüche und um die Koordinierung der weltweiten Ausbeutung.

Ersten Welt mit großen Handelsdefiziten und stark geschrumpfter Industrieproduktion (wie England, Italien, Griechenland etc.) von wirtschaftlichen und politischen Krisen betroffen.

Zerfall der Globalisierung?

Unter diesen Voraussetzungen sind nur noch wenige wirtschaftliche Wettbewerbsstrategien erfolgreich, wie der Rückzug auf einen großen Binnenmarkt à la USA und China oder die massive Steigerung der Exporte (wie bei Deutschland, den Niederlanden oder Schweden) auf Kosten der Industrien anderer Länder. Diese Strategien sollen durch Handelsabkommen wie CETA und TTIP abgesichert werden. Länder, denen diese Möglichkeiten verwehrt sind, die aber noch als Absatzmärkte fungieren sollen, reagieren darauf zunehmend mit Protektionismus und soweit ihnen dies möglich ist, mit der Abwertung ihrer Währungen, um wiederum ihre Handelswaren auf dem Weltmarkt günstiger anbieten zu können.

Vereinzelung und Unterdrückung schlagen wie im Arabischen Frühling in regionale Aufstände oder religiös verbrämte Repression der islamistischen Bewegungen um. Die lokal herrschenden Cliquen lassen im Gegenzug nicht nach, verschärfen die Ausbeutung und den polizeistaatlichen Zugriff. Wenn auch das zu keiner Befriedung führt, mündet die Repression in lang anhaltenden Bürgerkriegen. „Regime Change“ is over – das alte Konzept der G7/G8 ist gescheitert. [...] Es wird auf einen "Gated Capitalism" gesetzt, der sich auf die verbliebenen Wachstumsinseln konzentriert und die Armen und Geschundenen vor seinen Küsten und Zäunen ertrinken und verrecken lässt.

Rassismus und Rechtspopulismus

Da das Wachstums- und Wohlstandsversprechen auch für viele Menschen in den Metropolen nicht mehr realisiert wird und sich dabei der staatliche und gesellschaftliche Regulationsrahmen verschiebt, feiern Rechtspopulismus, militanter Nationalis-

mus und autoritäre Lösungsmuster in der EU, den USA oder Asien neue Erfolge. Gefordert wird nicht nur wirtschaftspolitischer Protektionismus, sondern auch der Rauschmiss von Migrant*innen einschließlich der Errichtung von Grenzzäunen. Nach innen gerät alles unter Verdacht, was nicht ins nationalistische oder religiöse Muster passt, was queer oder nur non-konformistisch ist. [...]Viel-fach handelt es sich um einen schon in Generationen gewachsenen Rassismus ohne konkretes Objekt oder konkrete Bezugspunkte, d.h. ohne eine nennenswerte Anzahl an Geflüchteten im Land oder real drohenden Arbeitsplatzverlust. Wir stellen uns gegen die Internationale der Rechtspopulisten: von der xenophoben Abschottungspolitik des ungarischen Orban-Regimes, dem rassistisch motivierten Brexit, dem rassistischen Weltbild der AfD in Deutschland oder des Front National in Frankreich, dem islamistischen Nationalismus des türkischen AKP-Regimes bis zum Wahlsieg des Chauvinisten Donald Trump.

Krieg als ein Mittel der herrschenden Politik

Krieg und Kapitalismus gehören zusammen. In der historischen Betrachtung waren Kriege immer wieder Teil einer kapitalistischen Krisenbewältigungsstrategie. Der jahrzehntelange Status quo des Kalten Krieges hat diese Logik zwischen den Industrienationen des Westens und Ostens vorübergehend außer Kraft gesetzt und als Stellvertreterkriege in den Trikont verlagert. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks haben sich für die kapitalistische Krisen- und damit Kriegslogik neue Spielräume eröffnet. Das neoliberale Regime hat seit 1989 zu neuen globalen Strategien zur Erschließung von Absatzmärkten und Sicherung von Ressourcen für die führenden Industrienationen geführt.

Zur Sicherung ihrer Macht- und Einfluss-sphären und zur Durchsetzung ihrer ökonomischen Interessen greifen die Regierungen der kapitalistischen Kernländer immer häufiger auf militärische Optionen zurück. Widersprüche und Konkurrenzen werden nicht mehr nur durch Implementierung von

Handelsabkommen und einer kapitalorien-tierten Zoll und Fiskalpolitik – verbunden mit einer entsprechenden Währungs- und Kreditpolitik, bewältigt – sondern münden immer öfter in eine militärische Eskalation.

Nicht zufällig sind nahezu alle am G20 beteiligten Staaten direkt oder indirekt in ak-

reaktionären Gegenbewegungen, die den westlichen kapitalistischen Interessen entgegenstehen. Logische Konsequenz sind militarisierte Konflikte als Resultat der eigenen neoliberalen Wirtschafts- und Expansionspolitik der kapitalistischen Kernstaaten. Islamistischer Terrorismus und die daraus

resultierenden Flucht-bewegungen sind im Kern Konsequenz dieser Destabilisierungs-politik, die die Gesellschaften in einen andauernden Kriegszustand versetzen.

Die Militarisierung politischen Handelns im Äußeren führt auch zu einer Militarisierung im Inneren und damit zu einer Veränderung westlicher Gesellschaften. Die Akzeptanz, soziale und ökonomische Konflikte repressiv polizeilich oder gar mi-

litärisch auch im Inneren zu lösen, nimmt mehr und mehr zu. Die durch die hegemoniale Außenpolitik geschaffene Eskalation wird zum Argument der Aufrüstung im Inneren. Die Verschärfung der Außenpolitik hat ihre Entsprechung in einer Forcierung der gesellschaftlichen Widersprüche im Inneren. Der gesellschaftlichen Verarmung und der zunehmenden Kluft zwischen Arm und Reich soll nicht mehr durch angebliche Vollbeschäftigung und ein Wohlstandsversprechen für alle begegnet werden, sondern durch eine repressive Politik der Aufstandsbekämpfung nach innen verwaltet und beherrschbar gemacht werden.

Parallel dazu wird die neoliberale Globalisierung abgelöst durch eine neue Phase strategischer Reorganisation des weltweiten kapitalistischen Systems. Die Krisenbewältigung nach der Wirtschaftskrise zeigt sich in einem äußerlichen Zerfall der Globalisierungsidee eines gemeinsamen Marktes. Dieser Bruch führt zu Nationalismus, Protektionismus und der Entwicklung einer erhöhten Konfrontationsbereitschaft auch zwischen den hegemonialen kapitalistischen Kernstaaten. Ihre Politik ist Krieg, ihre Perspektiven sind Konkurrenz und Ausbeutung. Werte wie Frieden, Menschenrechte, ökonomische Gerechtigkeit und ein verantwortlicher Umgang mit den Ressourcen

**"
Ihre Politik ist Krieg, ihre Perspektiven sind Konkurrenz und Ausbeutung. Werte wie Frieden, Menschenrechte, ökonomische Gerechtigkeit und ein verantwortlicher Umgang mit den Ressourcen dieser Welt sind Hindernisse für die freie Entfaltung kapitalistischer Verwertungsinteressen.**

tuelle kriegerische Auseinandersetzungen involviert. Egal ob Stellvertreterkriege, vermeintliche Polizeiaktionen oder „friedenssichernde“ militärische Maßnahmen – all das sind nur viele Worte für Krieg, Tod und Zerstörung. Verhindert werden zur Zeit ‚noch‘ einzig militärische Auseinandersetzungen zwischen den führenden Kernstaaten politischer Macht. [...]

Militarisierung politischen Handelns

Die Durchsetzung neoliberaler Strategien ist und war in den letzten 25 Jahren von Kriegen geprägt: Die Zerschlagung des ehemaligen Jugoslawiens, die Destabilisierung der ehemaligen Sowjetunion und verschiedene Konflikte auf dem afrikanischen Kontinent haben ihre Ursache in der Eroberung und aggressiven Sicherung von Absatzmärkten bzw. der Ausbeutung von Ressourcen. Die Spanne dieser militarisierten Politik reicht von „Low intensity warfare“-Konflikten über Bürgerkriege bis hin zu offenen militärischen Interventionen weltweit.

Allen gemein ist im Ergebnis die Zerstörung alter Systeme von Gesellschaften und Ökonomien, die dem neoliberalen Allmachtsanspruch entgegenstehen. Für die betroffenen Menschen bleibt als Folge dieser Politik weltweit häufig nur die Flucht.

Die Destabilisierungsstrategien führen zu

cen dieser Welt sind Hindernisse für die freie Entfaltung kapitalistischer Verwertungsinteressen.

Unser Widerstand ist vielfältig und unberechenbar

Wenn die Vertreter*innen und Verwalter*innen der herrschenden (Un-) Ordnung sich mitten in Hamburg spektakulär in Szene setzen wollen, setzen wir ihnen unsere Aktionen des trans- und internationalen Widerstands, unsere Vorstellungen einer lebenswerten Welt entgegen!

Vergleichbare Gipfel der Herrschenden liefen ab Ende der 1990er Jahre nicht mehr ohne uns und ungestört ab. Seattle, Genua, Göteborg und Prag gingen nicht als erfolgreiche Gipfel, sondern als starke Momente des antikapitalistischen Widerstands in die Geschichte ein. Die Proteste und Aktionen führten dazu, dass die G7/G8-Gipfel der darauf folgenden Jahre in Europa nicht mehr in größeren Städten ausgetragen wurden, weil sie mit unserem Kommen zu rechnen hatten. Stattdessen verlegten sie ihre Treffen in abgeschottete Luxushotels, möglichst weit weg von städtischer Infrastruktur, um Proteste auf Abstand zu halten.

Nun soll wieder ein großer Gipfel der Staats- und Regierungschef*innen in einer europäischen Großstadt, in Deutschland, stattfinden. Es wird unsere Aufgabe als radikale und antikapitalistische Linke sein, zusammen mit vielen weiteren Menschen dieser Aufführung der Macht in Hamburg ganz praktisch entgegenzutreten und unsere Vorstellungen einer gerechteren und solidarischen Gesellschaft entgegenzusetzen. [...]

In den letzten Jahren haben wir uns auf unterschiedlichste Weise transnational vernetzt: Gegen die EU-Austeritätspolitik, insbesondere in Griechenland, aber auch in Spanien, Portugal, Irland oder Frankreich haben wir solidarischen Widerstand geleistet. Die widerständigen Platzbesetzungen, Streiks, Demonstrationen, Enteignungen oder Hausbesetzungen waren zwar überwiegend von den Bewegungen vor Ort getragen. Aber der Austausch und das Lernen voneinander hat an Kraft und Kontinuität gewonnen. Gerade auch die Aktionen der No-Border-Camps zu den Flüchtlingslagern und -routen haben und hatten einen internationalistischen und transnationalen Charakter. Wir waren längst nicht mit allem erfolgreich, aber es ist zumindest für den europäischen Raum selbstverständlich geworden, dass wir den transnationalen Blick,

die transnationale Aktion und Organisation suchen. Ein solcherart verstandener Internationalismus ist so heterogen und plural wie die Bewegungen, die darin agieren. Keine/r der Aktiven ist nur ein Opfer der Verhältnisse, wenn wir uns gemeinsam und selbstbestimmt zur Wehr setzen.

Der kommende Gipfel in Hamburg steht in seiner ganzen Form symbolisch und praktisch für vieles, was wir fundamental ablehnen. Die Charaktermasken sind austauschbar, aber sie sind real. Mit den geplanten Aktionen in Hamburg wollen wir unmissverständlich klarmachen, dass wir ihre Politik von Krieg, Terror und Ausbeutung bekämpfen! Wir suchen den symbolischen und praktischen Bruch mit der herrschenden Ordnung – gemeinsam mit vielen Aktivist*innen aus ganz Europa. Wir wollen

„

Es wird unsere Aufgabe als radikale und antikapitalistische Linke sein, zusammen mit vielen weiteren Menschen dieser Aufführung der Macht in Hamburg ganz praktisch entgegenzutreten und unsere Vorstellungen einer gerechteren und solidarischen Gesellschaft entgegenzusetzen.

den reibungslosen Ablauf der Gipfel-Inszenierung in Hamburg stören und blockieren. Wir wollen Handlungsspielräume öffnen und nutzen, um vielfältig, massenhaft und unberechenbar gegen den G20-Gipfel aktiv zu werden. Schon jetzt ist klar, dass sie zur Verteidigung ihres Spektakels tausendfach Militär, Polizei und diverse Geheimdienste einsetzen werden.

Mit der Arroganz der Macht soll das alles in den belebten Innenstadtquartieren von Hamburg stattfinden, nur ein paar Steinwürfe entfernt von der Roten Flora und mehreren anderen linken Zentren. Die Menschen müssen nur vor ihre Wohnungen treten, um in der roten Zone oder bei einer Aktion zu sein. Die radikale Linke in Hamburg hat seit 15 Jahren gegen eine kapitalistische Stadtentwicklung und für ein „Recht auf Stadt“ für alle Menschen gekämpft. Un-

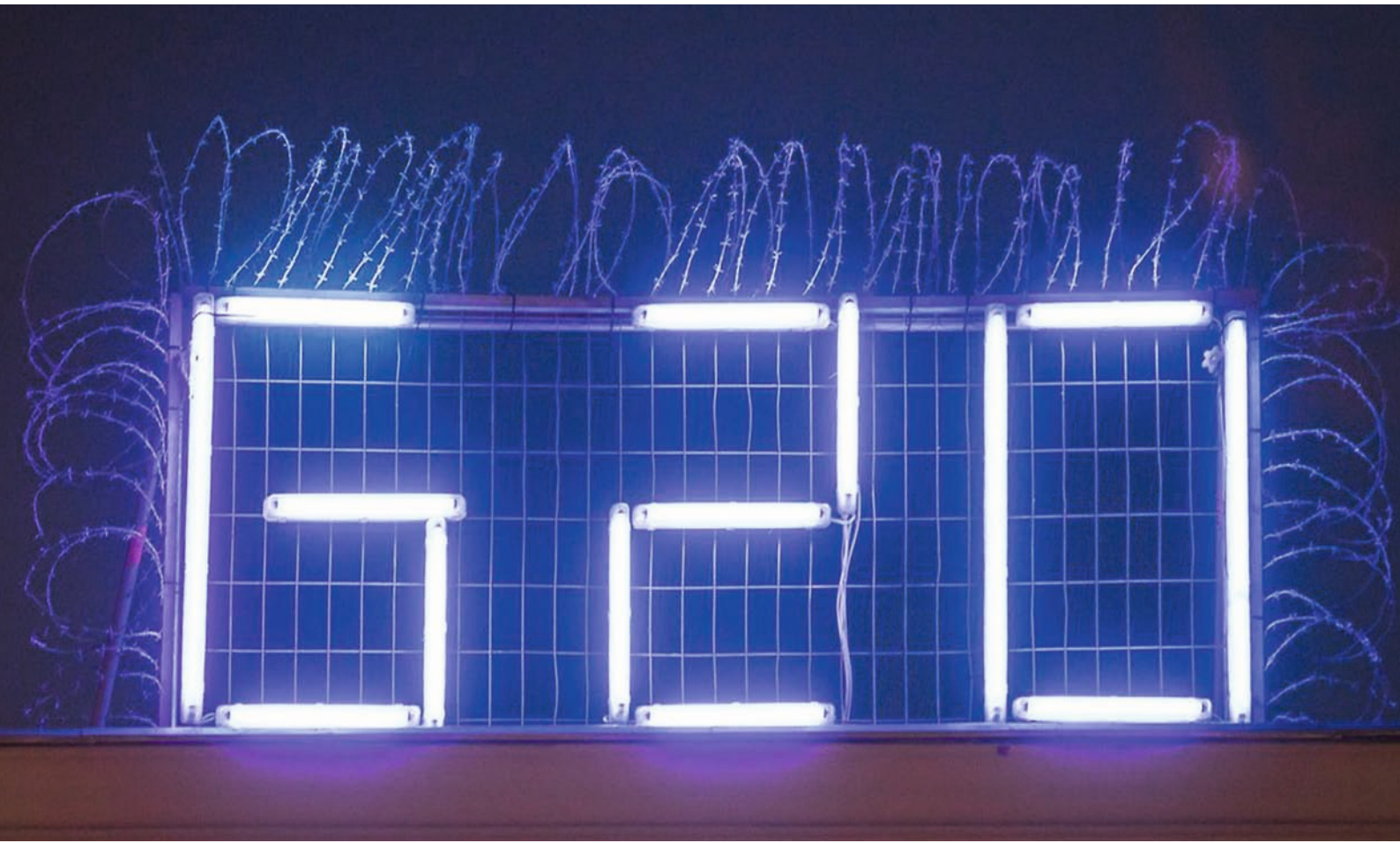
sere stadtpolitischen Kämpfe gehen nicht nur auf die Hausbesetzungen der 70er Jahre oder den erfolgreichen Kampf um die Hafenstrasse in St. Pauli und die Rote Flora zurück. Wir haben diese Kämpfe verknüpft mit dem Kampf gegen die Prekarisierung unserer Jobs und gegen die steigenden Mieten, für die Freiheit von Bauwagenplätzen wie etwa Bambule, mit der Flüchtlingsbewegung Lampedusa in Hamburg oder gegen flächendeckende Gefahrengelände zur Aufstandsbekämpfung. Diese Erfahrungen haben wir gemacht, sie sind lebendig und wir werden darauf zurückgreifen. Und wir wissen, wir werden uns den städtischen Raum auch zum Gipfel aneignen. Die Repression wird dies nicht verhindern können, wenn wir viele sind und unberechenbar bleiben. Es wird kein ruhiges Hinterland geben.

Dies ist eine Einladung an unsere Genoss*innen, Gefährt*innen und Freund*innen von nah und fern: Kommt Anfang Juli 2017 zu den Protesten gegen den G20-Gipfel nach Hamburg!

Die radikale Linke hat den Herrschenden in vielen Kämpfen die Stirn geboten: Wir bleiben vielfältig, solidarisch und unberechenbar. Unsere sozialen Zentren, gerade auch in der Nähe des Austragungsortes des Gipfels, werden Anlaufpunkte für unseren Austausch und die Formierung des Widerstandes sein. [...]

g20tohell.blackblogs.org

SAVE THE DATE



Donnerstag, 6. Juli 2017

Internationale antikapitalistische Demo

„Laßt uns diese Demo zu einem ersten Ausdruck unseres Widerstands und der unversöhnlichen Feindschaft gegenüber den herrschenden Verhältnissen und des Gipfelspektakels machen.“

>> g20tohell.blackblogs.org

Freitag, 7. Juli 2017

Aktionstag

Welcome to Hell >> Die Autonomen geben sich die Ehre, wollen blockieren, sabotieren und demonstrieren. Für alle anderen der Tipp: „Hamburg sehen, so lange es noch steht.“

>> g20tohell.blackblogs.org

Unplug G20 >> Die Klimabewegung ruft zur „massenhaft-widerständigen Klima-Aktion“ im Hamburger Hafen, um all denen, die versuchen „möglichst lange noch Profite mit fossilen Energien zu machen“, etwas entgegenzuhalten.

>> nog20klima.wordpress.com

Shut down the logistics of capital >> Das ...ums Ganze!-Bündnis und Anhang lassen ihrer Theorie Praxis folgen: „Don't fight the players, fight the game“. Ihren „massenhaften zivilen Ungehorsam“ nennen sie deshalb auch „Social Strike Aktion“.

>> shutdown-hamburg.org

BlockG20 – colour the red zone! >> Der Name sagt's, die Interventionistische Linke und Co. rufen zur Massenaktion des zivilen Ungehorsams: „Wir werden da sein. Dort, wo die Rote Zone ist. Wo wir nicht sein dürfen. Wo die Mächtigen sind.“

>> blockg20.org

Samstag, 8. Juli

Großdemo: „Grenzenlose Solidarität statt G20!“

„Der G20-Gipfel wird Hamburg als Kulisse für ein inszeniertes Schauspiel der Macht missbrauchen. Aber dieser Plan wird nicht aufgehen. Unser Verlangen nach einer Welt des Friedens, der globalen Gerechtigkeit und der grenzenlosen Solidarität wird unüberhörbar sein.“

g20-demo.de